

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 31. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
26.04.2017**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 14:02 Uhr bis 18:01 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## Anwesend waren:

Hendrik Lange	Stadtratsvorsitzender, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 16:23 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Sängler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:15 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:13 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:15 Uhr
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 19:00 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 17:13 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 18:30 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Wolfgang Aldag  
Dr. Inés Brock

Christian Feigl  
Dennis Helmich  
Melanie Ranft  
Dr. Regina Schöps  
Gerhard Pitsch  
Alexander Raue

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Teilnahme bis 19:08 Uhr  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM  
Stadtrat  
Stadtrat

### **Verwaltung**

Egbert Geier  
Uwe Stäglin  
Dr. Judith Marquardt  
Katharina Brederlow  
Sabine Ernst  
Oliver Paulsen  
Marco Schreyer  
Maik Stehle

Bürgermeister  
Beigeordneter  
Beigeordnete  
Beigeordnete  
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters  
Grundsatzreferent  
Leiter Fachbereich Recht  
Protokollführer

### **Entschuldigt fehlten:**

Dr. Erwin Bartsch  
Manuela Hinniger  
Helmut-Ernst Kaßner  
Markus Klätte

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
Stadtrat  
Stadtrat

**zu Einwohnerfragestunde**

---

Die Einwohnerfragestunde wurde von dem Stadtratsvorsitzenden **Herrn Hendrik Lange** eröffnet.

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

*Anmerkung: Die Tonaufzeichnung beginnt ab Mitte der Anfrage von Herrn Schulemann.*

**zu Frau Kästner zum Fanprojekt**

---

**Frau Kästner** vom HFC-Fanszene e. V. wies auf öffentliche Schreiben der HFC-Fanverbände zur Absetzung des Fanprojektleiters an die Verwaltung hin. Sie drückte ihren Unmut und ihr Unverständnis aus und bat um Stellungnahme. Ebenso wollte sie wissen, warum eine Neuausrichtung des Fanprojektes beschlossen wurde.

**Herr Paulsen** machte deutlich, dass interne Personalangelegenheiten vertraulich und nicht öffentlich zu behandeln sind.

**zu Herr Leuchte zum Fanprojekt**

---

**Herr Leuchte** schloss sich Frau Kästner an. Er wollte wissen, wie sich die Verwaltung professionelle soziale Arbeit mit den Fans vom Halleschen Fußballclub e. V. vorstellt.

Dazu erklärte **Herr Paulsen**, dass in dem Fanprojekt drei Mitarbeiter professionell tätig sind. Auch der Wechsel von einer Person ändere daran nichts.

**zu Herr Busch zum Fanprojekt**

---

**Herr Busch** erkundigte sich, wie die Verwaltung mit den bereits entstandenen Kosten für die Bildungsreise des Fanprojektes im Juni 2017 umgehen möchte, auch da hier das Sponsoring nicht alleine durch die Stadt Halle (Saale) getragen wird. Seinen Informationen nach, kann die Reise nicht stattfinden.

Dies ist ihm nicht bekannt, erklärte Herr Paulsen

**zu Herr Schulemann zur geplanten Straßenbahn nach Heide-Süd**

---

**Herr Schulemann** fragte zur geplanten Straßenbahn nach Heide-Süd nach und bat um Stellungnahme.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

...

Kann sein es ist gar nicht machbar, durchaus möglich. Kann aber auch sein, es ist machbar. Wenn tatsächlich diese ersten Ergebnisse ergeben sollten, dass es machbar ist, dann werden alle sofort und unverzüglich beteiligt.

Auch hier im Stadtrat müssen wir dann erst mal die Entscheidung treffen, wollen wir das überhaupt. Aber es muss, denke ich, auch erlaubt sein, dass die Verwaltung und hier speziell die HAVAG, die ja diese Pläne momentan auf den Tisch gebracht hat, dass hier eine solche Prüfung stattfindet.

Es wird von sehr vielen Wissenschaftlern auch gewünscht, dass es eine solche Straßenbahnlinie dort auch in diesem Bereich geführt wird und von daher geht es erstmal darum, erstmal vorläufig ein Ergebnis zu bekommen, ist das überhaupt machbar. Und von daher muss man es auch erlauben, dass man sich Gedanken macht über die Weiterentwicklung einzelner Stadtteile. Und deshalb meine Bitte, sowie tatsächlich ein Ergebnis da ist, was vollkommen offen ist, es kann tatsächlich zu dem Ergebnis kommen, dass es vollkommener Blödsinn ist, gar nicht machbar und dazu muss man erst mal die Chance haben, dieses auch zu prüfen.

Und so wie das Ergebnis da ist, dann kommt Herr Stäglin und meine Person auch und dann stellen wir dieses Ergebnis unabhängig des Ergebnisses, stellen wir das dann auch der Bürgerinitiative vor.

#### **Herr Schulemann**

Danke. Doch noch eine Frage. Inwieweit hätte denn, wenn ich, sagen wir mal, beispielsweise die Hälfte der Einwohner Heide-Süds dagegen wären, wie weit hätten wir ein mögliches Vetorecht? Oder wie würden wir überhaupt gehört werden, wird das nur zur Kenntnis genommen oder? Ich weiß wir greifen vor. Ja, aber trotzdem wollte ich wissen, wieviel Gewicht unsere Stimmen haben. Es sind ja auch alles Wählerstimmen.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ja, da haben Sie Recht. Aber es geht um die Stadtentwicklung, momentan nicht um Wahlen, das will ich auch deutlich sagen. Und das bedeutet natürlich, dass ein umfangreiches Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden müsste. Und in diesem Planfeststellungsverfahren haben die Bürger oder alle Einwander natürlich die Möglichkeit, dort die Auffassung und Meinung auch kund zu tun. Und Sie haben natürlich auch Rechtsbehelfe. Denken Sie an die A143, über Jahre hinaus tut sich da nichts.

Ich plädiere und werbe eben auch dafür, den Stadtwerken, speziell auch der HAVAG, die Chance zu geben, diese Untersuchung einfach mal zu machen. Ist es machbar oder müssen wir uns möglicherweise auch im ÖPNV anders aufstellen, um den Interessen besonders in Heide-Süd und den wissenschaftlichen Zentren dort Rechnung zu tragen. Das ist erstmal der erste Schritt und da gehen noch Jahre ins Land, ehe überhaupt irgendetwas passiert.

Und ich hatte ja eben auch die Möglichkeit gesagt, Sie werden umfangreich beteiligt, bereits in diesem Planfeststellungsverfahren. Aber so weit sind wir noch lange nicht. Der Stadtrat muss sich erst mal dazu auch klar äußern und positionieren, ob man das überhaupt will.

Hier ist es wirklich nur eine Voruntersuchung, die bezeichnet man eben mit dem Fachbegriff Machbarkeit und von daher bitte ich einfach, diese Chance und die Möglichkeit einfach mal zu planen oder denken zu dürfen, dass das erst mal erlaubt ist von Seiten der HAVAG.

#### **Herr Schulemann**

Danke. Dann die allerletzte Frage: Würden Sie vielleicht dann doch gegebenenfalls unserer Einladung folgen und sich vielleicht nochmal vor Ort das Ganze anschauen? Wie gesagt, es ist noch kein Streckenablauf im Prinzip klar, aber es bietet sich im Prinzip nur ein einziger

Streckenablauf an und der würde quer durch diese, diesen Park gehen, ja. Ansonsten müssten Sie ja Leute enteignen dort. Ja, da sind ja überall Einfamilienhäuser, also nur eigentlich kurz meine Frage, würden Sie vielleicht dann zusagen und vielleicht nochmal dort zu einer Bürgerversammlung kommen?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ja, na klar. Aber wie gesagt, ich komme gern, aber ich kann nichts auf den Tisch legen, weil ich dieses Ergebnis oder die Möglichkeit der Machbarkeitsstudie eben auch nicht weiß und nicht vorweg nehmen kann und, aber ich komme gern.

**Herr Schulemann**

O.k. Dankeschön.

**Herr Lange**

Vielen Dank und als nächste Fragestellerin hat Frau Ilka Kotte das Wort.

**zu Frau Kotte zur geplanten Straßenbahn nach Heide-Süd**

---

**Frau Kotte**

Hallo, mein Name ist Ilka Kotte, ich wohne auch in Heide-Süd. Ich habe auch durch das Amtsblatt erfahren, dass es hier eine Machbarkeitsstudie geben soll und der direkte Streckenverlauf ist ja schon dargestellt wurden.

**Herr Lange**

Frau Kotte, würden Sie das Mikro noch mal ein bisschen zu...

**Frau Kotte**

Noch ein Stück, so.

**Herr Lange**

So ist besser, wunderbar.

**Frau Kotte**

Ich habe zunächst erst mal die Frage, welche Vorteile soll die Straßenbahntrasse für die Bürger von Heide-Süd bringen, angesichts der Zerstörung des gesamten grünen Dreiecks und der schlechteren Anbindung des Gebietes an den öffentlichen Nahverkehr? Wie sollen die Schüler zu den sechs Schulen, davon drei Grundschulen, die durch die Buslinien 34 und 36 direkt angefahren werden, gelangen? Wie will die Stadt mit dann gegebener größerer Unfallgefahr durch die Straßenbahn umgehen?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Frau Kotte, diese Fragen kann ich Ihnen nicht beantworten. Die werden erst beantwortet durch die Machbarkeitsstudie. Ich...

**Frau Kotte**

...das ist nicht hinreichend, weil Sie haben im Amtsblatt, erstens eine Streckenführung schon heraus gegeben und zweitens...

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Nein. Wir haben...

**Frau Kotte**

... doch im Amtsblatt

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Wir haben eine mögliche Untersuchung...

**Frau Kotte**

Im Amtsblatt war die zu sehen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Nein, das ist nicht richtig, wir haben eine mögliche Untersuchung dargestellt. Und deshalb muss ich das zurückweisen, es ist eine mögliche Strecke von vielen, von mehreren auch dargestellt worden. Und von daher bitte ich da um Verständnis, dass wir diese Untersuchung erst abwarten. Erst dann kann ich diese Fragen, die speziellen Fragen, beantworten.

Wir haben momentan nichts vorliegen und ich kann Ihnen dazu konkret nicht antworten.

**Frau Kotte**

Aber Sie haben im Amtsblatt selber reingeschrieben, die Linie 34 und 36 soll eingestellt werden. Also haben Sie schon konkrete, ich weiß auch, dass Sie schon konkrete Pläne vorliegen haben und darauf möchte ich bitte eine Antwort. Und ich möchte mich hier nicht vertrösten lassen.

Und zweitens möchte ich wissen, wie viele Wissenschaftler denn das hier fordern? Ich kenne keinen einzigen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Frau Kotte, Sie, ich denke, wenn ich Ihnen hier die Antwort so gebe, wie ich sie eben gemacht habe, so steht es nicht im Amtsblatt drin, das sind die Konsequenzen und Möglichkeiten, die sich dann ergeben könnten. Aber erst muss die Machbarkeitsstudie durchgeführt werden.

Und ich bitte Sie auch in der Formulierung, ich spreche Sie auch anständig an, ich bitte Sie auch im Ton, das auch zu akzeptieren. Ich kann Ihnen dazu jetzt keine Antwort geben.

**Frau Kotte**

Aber Sie haben dort, und die Frage müssen Sie beantworten können, welche Wissenschaftler wollen eine Straßenbahn durch Heide-Süd? Und was wollen die Wissenschaftler in Heide-Süd, den Wasserspielfeldplatz angucken oder was?

Sie haben das im Amtsblatt veröffentlicht und darauf müssen Sie antworten können, Herr Dr. Wiegand. Das ist ein öffentliches Blatt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Frau Kotte, die Art und Weise wie Sie fragen, wird nicht besser. Ich habe Ihnen jetzt die Antwort gegeben.

**Frau Kotte**

Ich habe keine Antwort dazu gehört.

**Herr Lange**

O.k. Ich kann...

**Frau Kotte**

Wenn Sie solche Veröffentlichungen machen, müssen Sie dazu Rede und Antwort stehen. Und Sie haben eben Herrn Schulemann geantwortet, dass viele Wissenschaftler das wünschen. Und das möchte ich von Ihnen wissen, wer die vielen Wissenschaftler sind.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Dann würde ich Ihnen empfehlen mit dem früheren Leiter des TGZ, Herrn Prof. Dr. Lukas, Kontakt aufzunehmen.

**Frau Kotte**

Gut, alles klar.

**Herr Lange**

O.k.

**zu Herr Hanel zur geplanten Straßenbahn nach Heide-Süd**

---

**Herr Lange**

Gut. Jetzt hat Herr Stephan Hanel das Wort.

**Herr Hanel**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtrat, ich bin Mitglied der Bürgerinitiative Heide-Süd gegen die Straßenbahn und habe folgende Frage zur Machbarkeitsstudie. Geht die Machbarkeitsstudie ausschließlich um das jetzt veröffentlichte Projekt, die Straßenbahnführung wie sie im Amtsblatt vorgeschlagen wird oder ergreift die Machbarkeitsstudie den gesamten Nahverkehr und möglicher Erschließung? Wir haben ja jetzt schon öfter das Wort TGZ gehört. Die derzeitige Streckenführung der Straßenbahn würde den Wissenschaftlern am TGZ ja nicht sehr viel einbringen, weil die Straßenbahn mehr oder weniger durchs Wohngebiet am Spielplatz vorbei fährt. Und geht die Machbarkeitsstudie soweit, auch moderne Verkehrsmittel, wie zum Beispiel Elektrobusse mit einzubeziehen? Das ist meine Frage.

**Herr Lange**

Bitte.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Beides ja.

**Herr Hanel**

Danke.

**zu Herr Krell zur geplanten Straßenbahn nach Heide-Süd**

---

**Herr Lange**

Als letzten Fragesteller rufe ich Herrn Oliver Krell auf.

**Herr Krell**

Schönen guten Tag allerseits. Mein Name ist Oliver Krell, ich bin auch Mitglied der Bürgerinitiative Heide-Süd. Wohne seit knapp 10 Jahren in Heide-Süd, bin dort mit meiner Familie hingezogen, weil es dort zum einen den Vorteil hat, dass es relativ dörflich ist, zum anderen auch relativ zentrumsnah. Und zu dem Zeitpunkt, als wir dort hingezogen sind, war das Thema Straßenbahn eigentlich noch gar nicht im Gespräch. Und jetzt seit mehreren Wochen bin ich stark verwundert darüber, dass so eine Diskussion oder ob die Planung erstmal schon auf den Tisch kommt.



Gut, lange Rede, kurzer Sinn. Meine Frage ist, ein Grund warum die Buslinie durch die Straßenbahn ersetzt werden soll wurde angeführt, dass die Straßenbahn ökologischer sein soll. Jetzt frage ich mich, warum fahren denn jetzt Busse durch Heide-Süd, die den Blauen Engel haben, was ja per se impliziert, dass die Anforderungen für dieses Verkehrsmittel, die den Blauen Engel oder das Blaue Engel Schild haben, was Lärmbelästigung betrifft und Emission usw. doch schon relativ hoch sind. Wo ist da jetzt der Vorteil bei den Straßenbahnen? Abgesehen von den unendlich vielen Nachteilen, die man dadurch hätte.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Krell, die Frage können wir Ihnen nicht beantworten, genau das soll ja in der Machbarkeitsstudie auch mit untersucht werden. Ob das Sinn macht und ob die Vorteile da sind, die Nachteile. Und genau in dieser Machbarkeitsstudie sollen diese Untersuchungen durchgeführt werden.

**Herr Krell**

Ja, aber es muss ja schon irgendwann mal eine Entscheidung getroffen sein, warum führe ich jetzt Busse ein, die das blaue Engel Schild haben, was ja auch jetzt nicht unbedingt so kostensparend ist und ja, also. Irgendwann, irgendwie, einer muss ja eine Entscheidung getroffen haben. Das heißt, das ist eine Entscheidung, die wurde in der Vergangenheit getroffen, die jetzt in der Zukunft wieder revidiert wird. Und ich tausche praktisch ein Verkehrsmittel, also sprich die Straßenbahn ein, die unendlich viele Nachteile hat, speziell für die Einwohner.

Was mich parallel an der Stelle auch noch bisschen verwundert ist, dass die Politik augenscheinlich so wie jetzt sich herauskristallisiert, über die Köpfe der Einwohner, die es direkt betrifft hinweg entscheiden wird, ja. Irgendwer muss doch die Entscheidung mal getroffen haben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Hier gibt es keine Entscheidung, die in irgendeiner Weise getroffen wurde, weil diese Entscheidung hier ja auch in dem Gremium getroffen wird. Hier geht es darum, dass die HAVAG sich entschieden hat, eine solche Untersuchung durchzuführen und da werden genau die Punkte, die Sie angesprochen haben, untersucht und deshalb bitte ich Sie auch, auf das Ergebnis dieser Studie auch zu warten.

Das ist eine offene, absolut offene Untersuchung und die Untersuchung kann eben auch durchaus ergeben, dass das alles Blödsinn ist. Aber man muss den Beteiligungen und die Unternehmen, die für den ÖPNV auch zuständig sind, die Möglichkeit auch geben, weitere Streckenuntersuchungen vorzunehmen. Und da bitte ich auch um Verständnis.

**Herr Krell**

Gut, eine letzte Frage habe ich noch. Die Machbarkeitsstudie, bezieht die sich nur auf die Straßenbahn oder generell auf das, auf den Ausbau des öffentlichen Personen-Nah-Verkehrs? Also losgelöst vom Thema Straßenbahn.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Diese Machbarkeitsstudie muss alle Aspekte, die mit dem ÖPNV in diesem Bereich dann auch zusammen zu tun haben, dann auch berücksichtigen. Denn ansonsten kann man nicht zu einem entsprechenden Ergebnis kommen.

**Herr Krell**

O.k. Dankeschön.

## **Herr Lange**

Vielen Dank. Weitere Anfragen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich unsere Einwohnerfragestunde und eröffne unsere Sitzung des Stadtrates.

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Vor Eröffnung der Sitzung verlas **Herr Lange** den Aufruf aller Fraktionen des Stadtrates zur Teilnahme an den Aktionen gegen den Aufmarsch von Neonazis am 01. Mai 2017. Dabei werden alle Formen des friedlichen Protestes begrüßt und respektiert. **Herr Lange** wies in dem Zuge auf die Initiative „Halle gegen Rechts“ hin.

Die 31. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung, welche den Stadträtinnen und Stadträten fristgerecht am 11.04.2017 zugegangen ist, sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren 51 Mitglieder des Stadtrates (89,47 %) anwesend.

### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Lange** informierte, dass die folgenden Anträge und Vorlagen

- 7.3. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Stadtteilzentrum Neustadt“  
Vorlage: VI/2017/02763
- 7.4. Bericht zu den vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB für das „Stadtteilzentrum Neustadt“  
Vorlage: VI/2017/02810
- 7.5. Bebauungsplan Nr. 181 „Zentrum Neustadt – Scheibe A“ - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2016/02515
- 8.1. Antrag der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Stadtratsgeschäftsordnung  
Vorlage: VI/2017/02781
- 9.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines Kombi-Tickets für die Besucher aller Sport- und Kulturveranstaltungseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2017/02909

in den Fachausschüssen vertagt wurden.

Weiter teilte **Herr Lange** mit, dass die Beantwortung von

- 10.4. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Baufortschritt am Sagisdorfer Park, Halle (Saale) – Fläche des Gutshauses  
Vorlage: VI/2017/02965

im nicht öffentlichen Teil erfolgen wird.

**Herr Lange** verwies auf folgende Dringlichkeitsvorlage und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen  
Zuwendungen  
Vorlage: VI/2017/03006

**Abstimmungsergebnis:      einstimmig zugestimmt  
mit mehr als 2/3 Mehrheit**

**Herr Wolter** erkundigte sich, warum die nicht öffentliche Vorlage zur Entscheidung über die Zulassung der Berufung im Klageverfahren des Landes Sachsen-Anhalt gegen die Stadt Halle (Saale) wegen der Finanzierung der Stiftung Moritzburg nicht im öffentlichen Teil beraten wird.

Hierzu führte **Herr Schreyer** Rechtsstreitigkeiten und prozesstaktische Gründe an, wodurch eine nicht öffentliche Behandlung erforderlich ist. Dies ist unter anderem in der Geschäftsordnung unter dem Paragraphen 5, Absatz 1, verankert.

Nach einer kurzen Auszeit der Fraktionsvorsitzenden, wurde sich auf die nicht öffentliche Beratung geeinigt.

Weitere Anmerkungen gab es nicht, sodass **Herr Lange** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

**Abstimmungsergebnis:      einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 29.03.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 29.03.2017  
Vorlage: VI/2017/02970
- 4.2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sondersitzung gefassten Beschlüsse vom 13.04.2017
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung  
Vorlage: VI/2017/02921

- 7.2. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2016  
Vorlage: VI/2017/02891
- 7.3. *Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Stadtteilzentrum Neustadt“*  
Vorlage: VI/2017/02763 vertagt
- 7.4. *Bericht zu den vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB für das „Stadtteilzentrum Neustadt“*  
Vorlage: VI/2017/02810 vertagt
- 7.5. *Bebauungsplan Nr. 181 „Zentrum Neustadt – Scheibe A“ - Aufstellungsbeschluss*  
Vorlage: VI/2016/02515 vertagt
- 7.6. Einrichtung des Verfügungsfonds „Aktives Stadtzentrum Halle (Saale)“ und Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen aus dem Verfügungsfonds  
Vorlage: VI/2016/02668
- 7.7. Konzeption für die Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Halle (Saale) und Maßnahmeplanung  
Vorlage: VI/2016/02615
- 7.8. Baubeschluss denkmalgerechte Instandsetzung der Burgbrücke (BR 054)  
Vorlage: VI/2017/02762
- 7.9. Einziehung eines Teilstücks des Weges abgehend vom Mühlberg  
Vorlage: VI/2017/02768
- 7.10. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen  
Vorlage: VI/2017/03006
8. Wiedervorlage
- 8.1. *Antrag der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Stadtratsgeschäftsordnung*  
Vorlage: VI/2017/02781 vertagt
- 8.2. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Aufwertung des halleschen Busbahnhofes  
Vorlage: VI/2017/02787
- 8.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes  
Vorlage: VI/2017/02784
- 8.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenz von städtischen Grundstücksgeschäften  
Vorlage: VI/2017/02886
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und CDU/FDP zur Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: VI/2017/02843

- 9.2. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Darstellung von Beschlussvorlagen  
Vorlage: VI/2017/02951
- 9.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Kenntlichmachung der Gleichrangigkeit von Straßen  
Vorlage: VI/2017/02938
- 9.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Kinder- und Familienzentren  
Vorlage: VI/2017/02936
- 9.5. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines Kombi-Tickets für die Besucher aller Sport- und Kulturveranstaltungseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: VI/2017/02909 *vertagt*
- 9.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Fahrradabstellmöglichkeiten an der Berufsbildenden Schule III Johann Christoph von Dreyhaupt (BbS III)  
Vorlage: VI/2017/02963
- 9.7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung einer Beteiligung am Modul „Netzwerkstelle“ im Bundesprogramm „KitaPlus“  
Vorlage: VI/2017/02961
- 9.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen bei Fällungen städtischer Bäume  
Vorlage: VI/2017/02962
- 9.9. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Bio-Abendmarkt in Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2017/02950
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/FDP und SPD zu gemeinsamen Hochschulmarketingmaßnahmen der Stadt Halle (Saale) und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Vorlage: VI/2017/02943
- 10.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Vergabeverfahren der Stadt  
Vorlage: VI/2017/02855
- 10.3. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Parkplatzangebot in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2017/02871
- 10.4. *Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Baufortschritt am Sagisdorfer Park, Halle (Saale) – Fläche des Gutshauses*  
Vorlage: VI/2017/02965 *Die Beantwortung erfolgt im nicht öffentlichen Teil.*
- 10.5. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Bewohnerparken im Stadtgebiet – Anwohnerparkzonen  
Vorlage: VI/2017/02966

- 10.6. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Ordnungswidrigkeiten im Stadtgebiet  
Vorlage: VI/2017/02969
- 10.7. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur temporären Schaffung von Parkflächen im Bereich der Klausvorstadt\Holzplatz  
Vorlage: VI/2017/02967
- 10.8. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Baufortschritt am Rundweg Hufeisensee  
Vorlage: VI/2017/02968
- 10.9. Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDU/FDP-Fraktion) zur Analyse von Wegebeziehungen - Nachfrage zur Anfrage VI/2017/02870  
Vorlage: VI/2017/02964
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP-Fraktion) zur Kommunikationsumstellung im Bereich des Rettungsdienstes  
Vorlage: VI/2017/02941
- 10.11. Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Sozialleistungen im Jahr 2016 - hier: insbesondere im Hinblick auf die Situation von EU-Bürger\*innen  
Vorlage: VI/2017/02940
- 10.12. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Volkshochschule  
Vorlage: VI/2017/02939
- 10.13. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Installation weiterer Fahrradbügel auf dem Markt  
Vorlage: VI/2017/02937
- 10.14. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Forsteinrichtung in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2017/02873
- 10.15. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Betreuungsangebot für Kinder in Büschdorf  
Vorlage: VI/2017/02933
- 10.16. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Nutzung von Sportstätten durch ansässige Vereine und Sportvereine  
Vorlage: VI/2017/02931
- 10.17. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Einkaufszentren  
Vorlage: VI/2017/02953
- 10.18. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bedarfslage Hospize  
Vorlage: VI/2017/02887
- 10.19. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand der Erstellung einer Informationsveröffentlichung über die Arbeitsweise der halleschen Kommunalpolitik  
Vorlage: VI/2017/02955
- 10.20. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu möglichen Rauchverboten an öffentlichen Spielplätzen und Haltestellen

Vorlage: VI/2017/02954

- 10.21. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Versorgung traumatisierter geflüchteter Kinder  
Vorlage: VI/2017/02956
- 10.22. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Beschlusses zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen  
Vorlage: VI/2017/02957
- 10.23. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur ÖPNV-Anbindung des Stadtteils Heide-Süd  
Vorlage: VI/2017/02958
- 10.24. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Anwendung der Leitsätze für Diversität in der Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalts  
Vorlage: VI/2017/02959
- 10.25. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Beeinträchtigungen durch Industrielärm in Halle-Büschdorf  
Vorlage: VI/2017/02960
- 10.26. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Städtepartnerschaft zwischen Halle (Saale) und Karlsruhe  
Vorlage: VI/2017/02948
- 10.27. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Griffigkeit von Fahrbahn- und Fußwegdecken  
Vorlage: VI/2017/02947
- 10.28. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erschließung neuer Gewerbegebiete  
Vorlage: VI/2017/02946
- 10.29. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Abfallbehälterleerung und Beseitigung von Müll auf Grünflächen im Stadtgebiet  
Vorlage: VI/2017/02945
- 10.30. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu einem Hochwasserlehrpfad  
Vorlage: VI/2017/02944
- 10.31. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wiederaufforstung der Dölauer Heide  
Vorlage: VI/2017/02865
- 10.32. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wahrnehmung des Stimmrechts in den Gesamtkonferenzen städtischer Schulen  
Vorlage: VI/2017/02949
11. Mitteilungen
- 11.1. Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse  
Vorlage: VI/2017/02868

- 11.2. Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte  
Vorlage: VI/2017/02796
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 13. Anregungen
- 13.1. Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung der Ausschilderungen im Umfeld der Parkhäuser in der Innenstadt  
Vorlage: VI/2017/02952
- 13.2. Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Kenntlichmachung der Gleichrangigkeit von Straßen  
Vorlage: VI/2017/03014
- 14. Anträge auf Akteneinsicht
- 14.1. Antrag auf Akteneinsicht durch die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in die Antragsunterlagen für Förderungen entsprechend der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2016 und 2017

### **zu 3            Genehmigung der Niederschrift vom 29.03.2017**

---

**Herr Schied** merkte an, dass seine Aussage zum

- 7.5            Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 52 Westlicher Bereich Stadtteilzentrum Neustadt, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2016/02266

nicht korrekt dargestellt ist. Er stellte richtig, dass im Einzelhandels- und Zentrenkonzept die Fläche des Neustadt-Centrums mit 14.600 qm ausgewiesen wird und diese soll um geringfügige 234 qm vergrößert werden. Für ihn ist diese Erklärung irreführend und falsch, da es um eine Flächenerweiterung von mehr als 10% geht.

Die Niederschrift wird dahingehend angepasst und in der nächsten Sitzung mit der Änderung vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis:                    vertagt**



#### zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

##### zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 29.03.2017 Vorlage: VI/2017/02970

---

##### zu 4.2 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sondersitzung gefassten Beschlüsse vom 13.04.2017

---

**Herr Lange** teilte mit, dass die in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2017 und der nicht öffentlichen Sondersitzung vom 13.04.2017 gefassten Beschlüsse im Foyer des Stadthauses ausgehängt wurden und im Amtsblatt nach Bekanntgabe veröffentlicht werden.

#### zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtete anhand einer Präsentation über folgende Themen:

- Eröffnung Steintor-Kreuzung
- Anwohnerversammlung Planena
- mögliche Stadtbezirksräte
- Ehrung der Stadt Halle (Saale) für Hans-Dietrich Genscher
- HFC-Nachwuchszentrum – Ersatzneubau am Standort Karlsruher Allee
- Gesamtkonzept Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
- Betreuung Kunstforum
- Eröffnung „Spitze“ – Straßenfest am 15.06.2017
- Entwicklung Riebeckplatz – geplanter Hotelneubau
- Star-Park: DHL Neubau Logistikhalle und Ansiedlung ARTiBack

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.*

#### zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

---

*Auf Antrag der CDU/FDP- Stadtratsfraktion Halle (Saale) und SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.*

##### **Herr Lange**

Vielen Dank Herr Oberbürgermeister. Wir kommen zu Punkt 6, Aussprache zum Bericht. Diese Aussprache kann erfolgen, wenn ein Verlangen einer Fraktionen, einer Fraktion dargestellt wird. Das ist der Fall und Frau Dr. Brock hat die Möglichkeit drei Minuten etwas zu sagen.

Nein, Aussprache, Herr Oberbürgermeister.

**Frau Dr. Brock**

Ja, ich habe zwei. Eigentlich, Aussprache heißt ja nicht nur Fragen stellen, ja.

Das eine ist der Bezug auf das was das Kunstforum betrifft. Da ist ja jetzt, ja mehrfach durch verschiedene öffentliche Kanäle auch wörtliche Äußerung, also nicht nur Presse, auch wörtliche Äußerung, also etwas kommuniziert wurden. Etwa wie es wird jetzt ein Literaturhaus. Ja, der OB findet oder Sie finden das klasse, dass jetzt da ein Literaturhaus entstehen soll.

Ich erinnere mal an unsere Diskussion vom Januar, wo es darum geht, dass wir Sie unterstützen wollten mit dem Anliegen sich dort einzusetzen, dass das Kunstforum weiterhin für die bildende Kunst erhalten wird. Und dieser Widerspruch, der treibt uns gerade so ein bisschen um und das ist dann doch wieder mit einer Frage verknüpft. Inwieweit bleiben Sie auch an dieser Beauftragung sozusagen dran, dass sich insbesondere auch eine Nachnutzung mit einem ähnlichen, zu mindestens adaptierten Konzept sozusagen profilieren soll dieses Haus, wo auch weiterhin die bildende Kunst eine bedeutende Rolle spielt?

Für mich ist das gar kein Widerspruch, dass die Literatur und die Kunst da gemeinsam sein können. Nur in allem, was ich bisher wahrgenommen habe, auch zu den Ausschreibungen, was ich wahrgenommen habe, geht es jetzt vor allem in Richtung dieser eher literarischen Geschichten nach vorn zu bringen. Das ist sozusagen ein Statement, was mit einer Frage verknüpft ist. Und dann hätte ich noch ein Statement, aber vielleicht, da das zu einem anderen Thema ist, würde ich erst mal zurückgehen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich denke es ist sehr wichtig, dass ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt wird. Jeder hat dann die gleiche Chance, jeder kann seine Interessen dann auch darstellen und dann möchte ich nichts vorweg nehmen. Das heißt, diese vielen Vorstellungen und die Diskussionen, die dann auch stattfinden. Ich habe auch, das ist eben mein Ansatz, dass man darüber offen diskutiert und deshalb benötigt, glaube ich, das ist auch der Ansatz, warum die Saalesparkasse das so macht, dass wir hier mit einem Interessenbekundungsverfahren erst einmal kommen, damit jeder die Möglichkeit hat, sich zu bewerben.

**Herr Lange**

Gut, so jetzt hatten Sie noch einen zweiten.

**Frau Dr. Brock**

Ja. Noch eine Nachbemerkung noch. Also Interessensbekundung ist richtig, aber wir hatten ja Sie eindeutig auch in die Richtung beauftragt mit dem Beschluss, sich auch proaktiv zu bemühen nicht nur passiv zu warten was kommt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Genau, deshalb heißt das Interessenbekundungsverfahren auch in Abstimmung mit der Stadt Halle.

**Herr Lange**

Gut, Frau Dr. Brock.

**Frau Dr. Brock**

Gut dann lassen wir uns mal überraschen, welche weiteren Dinge da kommuniziert werden und wir hoffen, dass es möglicherweise im Kulturausschuss dann auch ein schnellerer Weg ist und dass wir nicht auf die nächsten öffentlichen Verlautbarungen warten müssen.

Ein anderer Punkt ist der, der betrifft eine Sache, die jetzt aus meiner Sicht doch noch mal zu betonen ist. Nämlich das, was wir in der Einwohnerinnensprechstunde ganz oft gehört haben

und wo ich es einfach nicht fair finde, wie Einwohner hier abgespeist werden. Es ist keine Presse und Sie haben Recht, wenn die MZ etwas schreibt, sind Sie nicht dafür verantwortlich. Aber wenn das Amtsblatt etwas schreibt und sagt „Nächster Halt Heide-Süd“ und im Text sozusagen, Dinge auch schon verkündigt werden, dann ist es nur das gute Recht der Bürgerinnen und Bürger, das für bare Münze zu nehmen. Und es ist nicht fair zu sagen, ja es ist ja noch gar nichts entschieden und wir machen ja dann irgendwann mal, wenn die Machbarkeitsstudie herausgekommen ist irgendwie auch ein Bürgerforum usw. Ich finde das ist kein guter Umgang mit Planungsgeschichten, das ist kein guter Umgang sich sozusagen auch mit Bürgerinnen auseinanderzusetzen. Und das merken wir ja immer wieder, es kommt nachher von uns auch noch eine Nachfrage. Wir haben diese Fragen alle bezüglich auf diese Text schriftlich eingereicht und die werden auch uns schriftlich nicht beantwortet. Und, ja man kann nicht Dinge in die Welt hauen und dann sagen, nein Antworten geben wir dazu nicht. Also wir finden das keine gute Politik.

**Herr Lange**

O.k.

Also Frau Dr. Brock, auch für so ein Statement muss mal Raum sein. Ich möchte nur mal darauf hinweisen, Gegenstand der Aussprache sind ausschließlich Sachverhalte, die sich auf den Inhalt des Berichtes des Oberbürgermeisters beziehen.

*Zwischenrufe*

Ja, wir kommen ins Philosophische.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Dafür Frau Brock, da ist Raum. Immer drauf, geben Sie ruhig all das, was Sie drauf haben. Aber es gehört nicht zum Tagesordnungspunkt.

**Herr Lange**

Herr Oberbürgermeister wollte aber trotzdem noch, dass Frau Ernst dazu ein Statement abgibt. Und auf das Statement von Frau Ernst kann natürlich auch geantwortet werden.

Bitteschön, Frau Ernst.

**Frau Ernst**

Ich möchte nochmal Bezug nehmen auf die Berichterstattung im Amtsblatt. Dort ist deutlich gemacht, dass es sich hier um eine Machbarkeitsstudie handelt. Das verschiedene Varianten geprüft werden sollen und die Anwohner dann auch bei Vorlage der Ergebnisse beteiligt werden. Und das Amtsblatt ist auch der richtige Ort, um über solche Vorhaben zu informieren, insofern freuen wir uns natürlich auch, dass es in der Form gelesen wird, zur Kenntnis genommen wird. Und insofern ist das auch eine frühzeitige Form der Beteiligung, um zu sagen der Konzern Stadt führt hier eine Prüfung durch. Und ich denke, das ist angemessen. Und auf die Pläne bzw. Prüfergebnisse, dass da im Anschluss gesprochen wird, ist auch verwiesen. Insofern die Ergänzung jetzt, auch wenn es nicht im Bericht des Oberbürgermeisters zur Sprache gekommen ist.

**Herr Lange**

Herr Krause.

**Herr Krause**

Herr Oberbürgermeister, Sie erwähnten in Ihrem Bericht, dass Sie beabsichtigen dem Stadtrat ein Gesamtkonzept zur TOOH vorzulegen. Meine Frage ist: Wann soll dieses Konzept vorgelegt werden, ist das noch vor der Sommerpause, nach der Sommerpause? Zweite Frage: Gibt es definitiv Signale oder Verabredungen mit dem Land, dass das Land

bereit ist, den Vertrag neu zu verhandeln oder nicht? Auf welcher Basis machen Sie das also?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also zum ersten Teil: Die Gesamtkonzeption ist auch deshalb erforderlich, dass wir auch anzeigen, dass wir eine neue Konzeption haben. Ich bezeichne das, der alte Vertrag läuft im Grunde genommen aus, das ist jetzt so eine Übergangszeit von 16 auf 17, da müssen wir neu verhandeln, in einer neuen Art eines Vertrages und deshalb ist es sinnvoll, so früh wie möglich die Gespräche auch mit dem Land zu führen.

Wir versuchen das ein bisschen parallel hinzukriegen, aber wir brauchen natürlich erst mal ein grundsätzliches, ein Einverständnis des Landes, damit wir hier dann auch weiter verhandeln können. Das bringt also nichts, wenn wir etwas hier hineinbringen, was noch nicht mal den grundsätzlichen Konsens des Landes findet.

**Herr Lange**

Herr Krause nochmal.

**Herr Krause**

Also ist festzustellen, dass es ein definitives Signal seitens des Landes noch so nicht gibt. Ich frage mit dem Hintergrund, dass wir ja eine Auflage von der Kommunalaufsicht haben, bezüglich unseres Haushalts von 2 Mio. und gesagt bekommen haben im Finanzausschuss, dass da 1,5 Mio. möglicherweise als Defizit im Raum steht. Deswegen möchte ich gern wissen, wie die Stadtverwaltung das lösen kann, wenn das Land meinetwegen noch gar nicht verhandlungsbereit ist oder sagt, nein wir bleiben bei dem Vertrag, wie er da steht. Das ist sozusagen der Konflikt warum ich diese Frage stelle.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Der Staatsminister Robra hat Verhandlungsbereitschaft dazu signalisiert, gegenüber meiner Person und gegenüber den Intendanten.

**Herr Lange**

Gut, ich sehe keine weiteren, doch Sie. Das geht nicht Herr Raue, weil das sind jetzt nur Redebeiträge der Fraktionen, nach unserer Geschäftsordnung zulässig, nicht von Einzelstadträten.

So, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen aus den Fraktionen und damit schließe ich die Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters.

**zu 7      Beschlussvorlagen**

---

**zu 7.1      3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung  
Vorlage: VI/2017/02921**

---

**Herr Lange** wies darauf hin, dass zur Abstimmung der Änderung der Hauptsatzung die Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder erforderlich ist und die Stimmen ausgezählt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**  
43 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen

## 1 Enthaltung

### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale).

### **zu 7.2 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2016 Vorlage: VI/2017/02891**

---

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

*Im Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA befanden sich:*

*Dr. Bernd Wiegand  
Bernhard Bönisch  
Andreas Scholtyssek  
Elisabeth Nagel  
Katharina Hintz  
Dr. Inés Brock  
Denis Häder*

### **Beschluss:**

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2016 entlastet.

### **zu 7.6 Einrichtung des Verfügungsfonds „Aktives Stadtzentrum Halle (Saale)“ und Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen aus dem Verfügungsfonds Vorlage: VI/2016/02668**

---

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Einrichtung eines Verfügungsfonds „Aktives Stadtzentrum Halle (Saale)“ im Rahmen des Städtebauförderprogrammes „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ unter der Voraussetzung, dass die Einzahlung der erforderlichen privaten Mittel erfolgt.
2. Der Stadtrat beschließt die Berufung des Beirates „Aktives Stadtzentrum Halle (Saale)“ zur Entscheidung über die Fondsmittel in der in der Begründung benannten Zusammensetzung.
3. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 2 beigefügte Beiratsordnung.

4. Der Stadtrat beschließt für die Gewährung von Zuschüssen aus dem Verfügungsfonds „Aktives Stadtzentrum Halle (Saale)“ die als Anlage 3 beigefügte Richtlinie.

**zu 7.7 Konzeption für die Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Halle (Saale) und Maßnahmeplanung**  
**Vorlage: VI/2016/02615**

---

**zu 7.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Konzeption für die Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Halle (Saale) und Maßnahmeplanung**  
**Vorlage: VI/2017/03013**

---

**Herr Koehn** bemerkte, dass die Stadtverwaltung zukünftig bestimmte Projekte vorziehen sollte, die vom hohen Interesse der Bürger sind. Er erläuterte, dass viele Bürger und Mitglieder der Jogger und Läufergemeinde den Wunsch haben, dass der Weg zwischen Mühlgraben und Universitätssportplatz mit Beleuchtung ausgerüstet wird.

**Herr Häder** teilte mit, dass in seiner Fraktion die Diskussion aufkam, wie sich der zeitliche Unterschied zwischen zu planenden und zu prüfenden Neuerrichtungen bzw. zu ergänzenden Beleuchtungsanlagen begründet. Er fragte, wo der Unterschied zur Umsetzung der Ausführung ist.

**Herr Stäglin** erläuterte, dass die erste Kategorie der zu planenden ergänzenden Beleuchtungsanlagen auf Grund der Kriterien feststeht. Die zu prüfenden ergänzenden Beleuchtungsanlagen werden abgeprüft. Die finanziellen Ressourcen müssen für beide Gruppen im Haushaltsplan abgebildet werden.

**Herr Häder** fügte hinzu, dass er jetzt einen zeitlichen Unterschied diesbezüglich sieht. Die Realisierung erfolgt somit nicht zeitnah. Aus diesem Grund stellt die Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM einen Änderungsantrag. Der Weg zwischen Mühlgraben und Universitätssportplatz soll von dem zu prüfenden in den zu planenden Auflistungen aufgenommen werden.

**Herr Stäglin** erwiderte, dass er die Aussage über den unterschiedlichen zeitlichen Ablauf nicht versteht. Die erstgenannten Straßen sind automatisch bestätigt, dass hier eine Beleuchtungsanlage notwendig ist. Die anderen Straßen können auf Grund eines gefassten Beschlusses vom Stadtrat gleichermaßen durchgeprüft werden.

**Frau Dr. Brock** betonte die Wichtigkeit der schnellstmöglichen Lichtinstallation in diesem Bereich. Das ist der ausschlaggebende Punkt für die Mitglieder des Stadtrates.

**Herr Lange** teilte den Stadträten und Stadträtinnen die Formulierung zur Änderung der Beschlussvorlage von der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM mit.

**Herr Dr. Meerheim** wies darauf hin, dass die Beschlussvorlage geändert werden muss. Die Beschlussvorlage beinhaltet die Konzeption und nicht die Maßnahmenplanung auf der Grundlage der Konzeption. Dieser Text muss erweitert werden. Er schilderte, dass die Anlage 1 und Anlage 2 Beschlussgegenstände sind, daraus folgend muss die Änderung danach eingesetzt werden.

**Herr Lange** machte darauf aufmerksam, dass die Voraussetzung für die Zustimmung die Änderungsanträge sind. Diese werden im Beschlusstext aufgenommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und Herr Lange bat um Abstimmung des Änderungsantrages und der Beschlussvorlage.

**zu 7.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Konzeption für die Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Halle (Saale) und Maßnahmeplanung  
Vorlage: VI/2017/03013**

---

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Beschlussvorlage wird mit folgender Änderung zugestimmt:

Auf Seite 1 der Anlage 2 ist unter dem Punkt „Für folgende Verkehrsanlagen ist entsprechend der allgemeinen Grundsätze der Konzeption eine Beleuchtungsanlage zu planen“ folgende Angabe hinzuzufügen:

13. Weg zw. Mühlgraben und Universitätssportplatz	10 Lichtpunkte	ca. 101.000 Euro
--	----------------	------------------

Punkt 20 auf Seite 2, Anlage 2 ist dementsprechend zu streichen.  
Die Formulierung der gesamten Beschlussvorlage inklusive der Anlagen ist entsprechend der Änderung anzupassen.

**zu 7.7 Konzeption für die Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Halle (Saale) und Maßnahmeplanung  
Vorlage: VI/2016/02615**

---

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Beschlussvorlage wird mit folgender Änderung zugestimmt:

Auf Seite 1 der Anlage 2 ist unter dem Punkt „Für folgende Verkehrsanlagen ist entsprechend der allgemeinen Grundsätze der Konzeption eine Beleuchtungsanlage zu planen“ folgende Angabe hinzuzufügen:

13. Weg zw. Mühlgraben und Universitätssportplatz	10 Lichtpunkte	ca. 101.000 Euro
--	----------------	------------------

Punkt 20 auf Seite 2, Anlage 2 ist dementsprechend zu streichen.  
Die Formulierung der gesamten Beschlussvorlage inklusive der Anlagen ist entsprechend der Änderung anzupassen.

**zu 7.8 Baubeschluss denkmalgerechte Instandsetzung der Burgbrücke (BR 054)  
Vorlage: VI/2017/02762**

---

*Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.*

**Herr Lange**

Der TOP 7.8 Baubeschluss denkmalgerechte Instandsetzung der Burgbrücke.

Gibt es Wortmeldungen? Herr Bernstiel.

**Herr Bernstiel**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, erstmal ist es gut, dass wir mit der Sanierung voranschreiten. Wir hatten das auch schon im Fachausschuss. Ich möchte hier, nur nochmal für das Protokoll erklären, dass die Stadtverwaltung bei der Umsetzung dieser Maßnahme bitte zwingend darauf achtet, dass zunächst die Pfälzer Brücke abgeschlossen wird und dann erst mit der Arbeit an der Burgbrücke begonnen wird. Das wurde im Ausschuss schon einmal so gesagt, aber sicher ist sicher und jetzt haben wir das nochmal im Protokoll. Danke.

**Herr Lange**

Gibt es jetzt...Was bedeutet das jetzt?

Gut, ich nehme an, die Stadtverwaltung nimmt das jetzt zur Kenntnis.

Dann wird das zur Kenntnis genommen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. Klare Mehrheit. Gegenstimmen? Stimmenenthaltungen? Damit ist zugestimmt, einstimmig.

**Abstimmungsergebnis:                  einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt den Baubeschluss zur Realisierung der denkmalgerechten Instandsetzung der Burgbrücke

**zu 7.9 Einziehung eines Teilstücks des Weges abgehend vom Mühlberg  
Vorlage: VI/2017/02768**

---

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:                  einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung eines Teilstücks des Weges abgehend vom Mühlberg nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der



Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.10 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen**  
**Vorlage: VI/2017/03006**

---

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

1. Sponsoringvereinbarung mit der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) in Höhe von 16.500,00 Euro (Brutto) (Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen)
2. Sponsoringvereinbarung mit der Bau- und Wohnungsgenossenschaft Halle-Merseburg e.G. (BWG) in Höhe von 5.000,00 Euro (Brutto) (Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen)
3. Geldspende vom Förderverein Steintor-Variete Halle e.V. in Höhe von 118.569,99 Euro (davon 51.132,70 Euro in 2017 und 67.437,29 Euro in 2019) für die räumliche Sanierung und Erweiterung des Steintor-Foyers (Produkt 1.51108 Räumliche Entwicklung und Sanierung)
4. Geldspende von der Migrasys GmbH, Schwedenstraße 9, 13359 Berlin in Höhe von 3.000 Euro für die Beteiligung an der Beschaffung einer interaktiven Hörstation für Ausstellungen (Produkt 1.25102 – Stadtarchiv)
5. Geldspende des Lions Fördervereins Halle-Saalkreis e.V. in Höhe von 10.000 Euro für das Projekt „Fitness-Spielplatz am Familienzentrum Roxy“

**zu 8 Wiedervorlage**

---

**zu 8.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Aufwertung des halleschen Busbahnhofes**  
**Vorlage: VI/2017/02787**

---

**Herr Bernstiel** bedankte sich für die ausführliche Zuarbeit der Verwaltung, bedauerte aber, dass eine kurzfristige Lösung nicht möglich ist. In dem Zuge erklärte er den Antrag für erledigt.

**Abstimmungsergebnis:** erledigt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung legt dem Rat bis zur Sommerpause 2017 konkrete Lösungsansätze für eine überdachte Fernbuswartefläche am Busbahnhof vor.

**zu 8.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes  
Vorlage: VI/2017/02784**

---

*Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Lange**

Damit können wir zu 8.3 kommen, das ist der Antrag der SPD-Fraktion zur Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes. Gibt es Ihrerseits Wortmeldungen dazu? Jetzt müssten Sie sich mit Herrn Senius einigen, Herr Krause. Dann soll Herr Senius. Bitteschön.

**Herr Senius**

Meine Damen und Herren, der Antrag der kommt nicht von ungefähr, er begründet sich in der Sorge um die Handlungsfähigkeit der Verwaltung. Insoweit möchte ich inhaltlich auf die Begründung unseres Antrages verweisen, in dem nur einige der vielen in der Mitarbeiter- und Führungskräftebefragung festgestellten Defizite in der Verwaltung festgestellt wurden.

Die Verwaltung verweist in ihrer Stellungnahme wieder einmal auf die Befugnisse des Hauptverwaltungsbeamten und führt dazu aus, dass der Antrag damit rechtswidrig ist und gegen das Kommunalverfassungsgesetz des Landes verstößt.

Wir sehen das nicht so, denn entgegen der Begründung der Verwaltung geht es nach unserem Verständnis bei dem Personalentwicklungskonzept, so wie wir es verstehen und einordnen, eben nicht nur um Fragen der Aus- und Weiterbildung, es geht auch nicht nur um Fragen der Geschäftsverteilung und der Regelung des Personaleinsatzes. Es geht um den Kernbereich der Verwaltung, nämlich darum, wie die Verwaltung am aktuellen Rand und auch künftig die Entwicklungen in dieser Stadt aufnehmen kann, begleiten kann, unterstützen kann und forcieren kann. Es geht damit um die elementare Funktionalität der Gewährleistung der Verwaltung an sich.

Ich möchte an der Stelle auch nicht unerwähnt lassen, dass die letzte Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes, ich glaube es war im Jahr 2010 oder 2011, sehr wohl dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Dieser Umstand wurde weder von der kommunalen Rechtsaufsicht beanstandet, noch hat es irgendwelche Irritationen in der Verwaltung damals ausgelöst. Ich bitte deshalb sehr nachdrücklich, dass Sie den Beschlussantrag folgen und mittragen und appelliere an die Verwaltung nochmal ihre Position zu überdenken, ob es nicht sehr sinnvoll wäre in so einer wichtigen Frage, die Kompetenz und die Einbindung des Stadtrates aufzusuchen.

**Herr Lange**

Herr Geier. Bitteschön.

**Herr Bürgermeister Geier**

Ja meine Damen und Herren, Herr Senius, ich würde gern nochmal wie folgt antworten. Wir haben in dem Personalausschuss und auch in der Fraktionsvorsitzenden-Runde uns über die Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes unterhalten. Dieses Entwicklungskonzept hat etwa fünfzig verschiedene Bausteine und es ist natürlich auch das elementare Interesse der Verwaltung, dass man diese Bausteine auf aktuelle Entwicklungen

in unserer Stadt und auch innerhalb der Mitarbeiterschaft fortschreibt. Also da steht natürlich auch die Frage, was macht man mit diesem altersbedingten Generationswechsel in der Verwaltung, wie bekommt man neues Personal, also Stichwort Nachwuchsgewinnung, Auszubildende. Wie macht man ein modernes Personalauswahlmanagement, zum Beispiel auch unter Einbeziehung elektronischer Möglichkeiten. Wie macht man Qualifizierung und Führungskräfteförderung. Ein weiterer Punkt ist dann auch die Frage, wie man beispielsweise Menschen, die in unserer Stadt leben, die ein Migrationshintergrund haben, wie man die einbeziehen kann oder in die Verwaltung bekommt. Weil das ist zum Beispiel auch eine ganz neue Entwicklung, dass wir sehr viel stärker diverse Sprachkenntnisse in der Verwaltung brauchen.

Dann ist eine Entwicklung, die allgemein festzustellen ist, nämlich die Frage, wie insbesondere jüngere Menschen ihr Familien- und Freizeitverhalten definieren. Das heißt also, da kommt dann diese Komponente, wie man auf Familien eingeht, wie man auf die Belange der Familien und Kinder eingeht, wie man auf Freizeitfragen eingeht, das fließt hier alles mit ein.

Und selbstverständlich fließt auch mit ein, wie die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung aus 2015 war. Und deshalb ist unser Vorschlag, dass wir im August 2017, also einen Monat früher als Sie das jetzt im Änderungsantrag vorgeschlagen haben, unsere Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes Ihnen präsentieren im Personalausschuss. Und dass man dann dort die Situation nutzt, um zum Beispiel auch Komponenten oder Ideen aus den Fraktionen dort mit einbringt und sich dann quasi auf diesem Wege dazu verständigt, wie die einzelnen Bestandteile des fortgeschriebenen Personalentwicklungskonzeptes aussehen können. Aber ganz entscheidend ist, dass wir natürlich all dies Entwicklungen und notwendigen Veränderungen aufnehmen und daran auch entsprechend arbeiten.

**Herr Lange**  
Frau Dr. Brock

**Frau Dr. Brock**

Ja, wir begrüßen diesen Antrag der SPD durchaus und die Zusammenfassung von Herrn Geier jetzt aus der Fraktionsvorsitzenden-Runde, die ist uns ja, wie gesagt, auch schon zur Kenntnis gegeben worden. Und ich würde an der Stelle einfach nochmal sagen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir, in diesem Falle die SPD, fühlt sich mitverantwortlich für das, was sozusagen in der Verwaltung an personeller Stärkung und Kompetenz, Unterstützung, Gesundheit usw. passiert.

Also ich finde das erstmal positives Signal, dass es da sozusagen eine Verantwortungsteilung gibt unsererseits. Und wir können wiederum einerseits damit leben diesem Antrag zuzustimmen, andererseits aber auch damit, dass das Ergebnis wichtig ist, richtig ist. Ja und nicht umsonst sagt man immer, es ist wichtig, was hinten rauskommt, also wenn dieses Entwicklungskonzept, was wir dann im August zur Kenntnis kriegen, die Anregungen, die wir einspeisen alle aufnimmt, dann kann das ja nur eine gute Idee sein.

Und ich hatte ja eine Anregung schon mitgegeben, dass eben auch der Bereich Teilzeiterinitiative, also Teilzeitermöglichkeit auch schon bei Bewerbung etwas ist, was Familien- und Frauenfreundlichkeit unterstützen könnte innerhalb dessen. Da wurde mir ja damals schon zugnickt, jetzt wird mir wieder zugnickt, insofern glaube ich, es geht darum, ein gutes Ergebnis zu erzeugen.

Und die letzte Äußerung dazu unsererseits, die Befragung von 2015, also die ist ja jetzt offensichtlich in der Kenntnis des entsprechenden bearbeitenden Teams, um Anregungen zu entwickeln. Ist es denn möglich, dass wir als Stadträte in diese Ergebnisse auch einen Einblick nehmen können? Das wäre meine letzte Frage noch zu dem Punkt. Danke.

**Herr Lange**

Wer würde das beantworten? Herr Geier würde das beantworten.

**Herr Bürgermeister Geier**

Wir würden die Ergebnisse aus der Mitarbeiterbefragung mal für Sie zusammenstellen. Und es ist dabei auch ausdrücklich der Punkt, das möchte ich betonen, da geht es nicht nur um die Frage, was man besser machen kann, sondern einfach um ein Input, wie man da bestimmte Dinge vor Ort an den Arbeitsplätzen verbessern oder verändern könnte. Also Mitarbeiterbefragung ist ja nicht per se sozusagen eine kritische Abfrage von irgendwas, sondern auch ein Dialogverfahren. Das wollte ich nur nochmal klarstellen.

**Herr Lange**

Gut. So jetzt habe ich Herrn Wolter, Herrn Krause, Herrn Scholtyssek und Herrn Dr. Meerheim.

**Herr Wolter**

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, Herr Geier, wir haben, denke ich, den Antrag der ist schon, sag ich mal, so notwendig zu stellen und das zu diskutieren hier, finde ich dann eher, überhaupt überraschend. Wie Sie ja selbst erlebt haben, hat der Ausschuss, Personalausschuss, sehr vehement die inhaltliche, sag ich mal, gemeinsame abschließende Diskussion gefordert und natürlich auch für Sie als Stärkung, gemeinsam hier im Rat zu verabschiedendes Konzept.

Was Sie jetzt darstellen als Alternativvorschlag an den Antragsteller, sag ich mal, lese ich jetzt nicht so sehr, Herr Oberbürgermeister, aus der Stellungnahme, die ja von Ihnen auch mit zu verabschieden war. Hier wird vor allen Dingen abgehoben auf die Rechtswidrigkeit. Weil, Sie machen jetzt mündlich mal so ein Alternativvorschlag.

*unverständliche Zwischenrufe*

**Herr Wolter**

Sie haben jetzt überhaupt nicht das Wort erteilt bekommen.

Ich bin sozusagen der Auffassung, dass Sie in Ihrer Begründung dargelegt haben, dass der Antrag rechtswidrig ist, weil er eingreift in die Befugnisse des Oberbürgermeisters. Das hat Herr Geier jetzt gar nicht ausgeführt, sondern hat so mündlich gesagt, Mensch SPD ich geh mal ein Monat eher zu Potte und stelle euch unser vorliegendes Konzept im Personalausschuss vor. Ich sehe es so, dass hier die Verwaltung anscheinend nur informieren möchte und mal so eine Beratung darüber macht und was die SPD verlangt, ist eine Beschlussfassung.

Und da würde ich schon nochmal fordern, Herr Oberbürgermeister, dass Sie hier klar bekennen, möchten Sie eine gemeinsame Beschlussfassung zu einem Personalentwicklungskonzept oder wollen Sie es nicht und kündigen Sie den Widerspruch an, wenn hier eine Mehrheit des Stadtrates diesen Beschluss fasst. Weil, das haben wir besprochen Herr Oberbürgermeister, wenn Sie der Auffassung sind, würden wir, das kennen Sie von uns eher, sag ich mal so, eine Vertagung empfehlen des Antrags, weil das bringt uns weder als Rat noch als Verwaltung etwas. Dann würden wir lieber darauf bestehen den Vorschlag, den jetzt die Verwaltung gebracht hat, hier zu erleben, in welcher Art, in welcher Qualität hier was vorgelegt wird im August, um dann sozusagen eine, sag ich mal, Entscheidung zu treffen, genügt uns das. Weil der Antragsteller hat ja ein inhaltliches Ziel, das wir hier gemeinsam im Personalausschuss fundiert, im Stadtrat abschließend ein Beschluss fassen.

Insofern Herr Oberbürgermeister, meine Frage, wenn wir hier einen Beschluss fassen, bestehen Sie bei der Einschätzung, dass hier rechtswidrig etwas gefordert wird.

**Herr Lange**

Jetzt haben Sie das Wort, Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Lange, wenn Sie das so schön anmoderieren, mache ich das gerne.

Herr Wolter, was wir heute und in der neuen Stellungnahme, wir haben ja eine neue Stellungnahme vorgelegt, es nochmal deutlich gemacht, im Wesentlichen mit Ihnen ganz gern besprechen möchten, ist die Personalentwicklung. Herr Geier hat das gesagt. Alle Punkte, die Sie aufgeschrieben haben und die Herr Senius nochmal vorgetragen hat, möchten wir berücksichtigen.

Wir möchten dieses Konzept, ähnlich wie wir es mit vielen Konzepten auch gemacht haben, mit Ihnen im Personalausschuss gemeinsam entwickeln. Alle Anregungen, die Sie geben oder alle Themen, die Sie darin haben möchten, würden wir ganz gern mit Ihnen besprechen und gemeinsam auch diese Punkte dann auch zu einem Ergebnis führen. Das ist unser Angebot und auch der Vorschlag der da ist, das sollte man kooperativ machen.

Wenn Sie sagen, Sie legen Wert auf einen Beschluss, dann liegt Ihnen die Stellungnahme vor. Da ist nichts zu beschließen, das ist in der Kompetenz des Hauptverwaltungsbeamten. Deshalb haben wir weitreichend alle Punkte, alle Punkte die Sie möchten, werden besprochen, werden diskutiert, werden unter dem Vorsitz von Herrn Töpfer dann auch diskutiert im Personalausschuss.

Und ich sichere Ihnen zu, dass jeder Punkt, den sie da drin haben möchten, auch verhandelt wird und auch gemeinsam mit Ihnen abgestimmt wird. Das ist mein Angebot. Das ist sehr weitreichend und von daher ist das eigentlich genau das Angebot was Sinn macht, um diesen Punkt auch gemeinsam auch zu entwickeln.

**Herr Lange**

Herr Wolter gleich nochmal dazu.

**Herr Wolter**

Ja Dankeschön Herr Oberbürgermeister für Ihre Erläuterung. Ich gehe natürlich auch, wie Sie sich denken können, von der aktuellen Stellungnahme aus. Da verweise ich nochmal auf Ihren letzten Satz, dass Sie auch der durch den Ausschuss für Personalangelegenheiten geänderte Beschluss greift in die Rechte ein und ist damit rechtswidrig. Deswegen ist ja die Ankündigung der SPD, egal, wir können das ja nur ahnen im Moment, wenn hier mehrheitlich dieser Beschluss gefasst wird, so wie es die SPD wünscht und jetzt begründet hat, würden Sie in Widerspruch gehen, weil Sie den für rechtswidrig definiert haben in der Stellungnahme. Was Herr Geier ausgeführt hat, das ist ja sozusagen dann der Punkt, wo ich sage o.k., das ist ein gemeinsamer kooperativer Ansatz und wir würden, ich denke die SPD würde das sofort gerne übernehmen, August rein schreiben in den Beschlusstext und damit wäre das sozusagen die zeitliche Rahmensetzung.

Was Sie beschreiben, Herr Oberbürgermeister, ist eben kein kooperatives Verhalten, weil Sie beschreiben, Sie könnten liebe Stadträtinnen und Stadträte mal sagen, wie Sie denken und wir würden dann gemeinsam beraten und gemeinsam, ja wie gemeinsam, das ist, will ich mal sagen, der Akt den wir hier vollziehen, nämlich durch einen Beschluss eine Gemeinsamkeit, eine Mehrheitlichkeit herzustellen. Das ist eigentlich der einzige Akt, den wir

vollziehen können. Und dann ist das eine Auftragsvergabe, eine Beauftragung an Sie, Herr Oberbürgermeister.

Und natürlich diskutieren wir mit Ihnen über den Stellenplan, über den Haushalt. Und der fußt ja auf ein Konzept und das ist das, was wir inhaltlich bedürfen. Und da würde ich es als logisch und kooperativ sehen, wenn wir gemeinsam das Personalentwicklungskonzept auch wie in frühen Vorjahren geübte Praxis, hier gemeinsam verabschieden für die Gesamtverwaltung, egal wie viele Aspekte, das hat ja Herr Geier ausgeführt, wie viele einzelne Aspekte sich da weiter entwickeln, da gibt es immer einen Arbeitsstand, den man abbilden kann.

Insofern kann ich jetzt nur nochmal die Anregung geben, liebe SPD, wenn der Oberbürgermeister das so ausführt, vielleicht nehmen Sie die Anregung an und vertagen Ihren Antrag. Damit wir das erleben können, was der Oberbürgermeister an Kooperation meint und wie wir dann sozusagen zur Diskussion kommen im Personalausschuss, weil wir würden inhaltlich gerne zustimmen, aber hier ist angekündigt, dass der Gesamtantrag mit einem Widerspruch versehen wird.

### **Herr Lange**

So die SPD kann jetzt direkt reagieren, denn Herr Krause hat das Wort.

### **Herr Krause**

Zunächst noch einmal, wir reden hier über einen ganz normalen Vorgang. Die Verwaltung hat diesen Vorgang der Fortschreibung der Personalentwicklung schon im Jahre 2008 begonnen und immer wieder fortgeschrieben. Die letzte offizielle Fortschreibung war im Jahre 2011, immer auch von Herrn Geier unterschrieben, also so ist das auch gar nichts Neues. Die Fraktionen, sowohl DIE LINKE als auch die CDU, auch wir haben zwischenzeitlich immer mit Anträgen nochmal versucht ein Stückchen nachzusteuern, um auch Transparenz in diesen Prozess zu bekommen.

Dieser Antrag, das hat auch die Diskussion im Personalausschuss gezeigt, hat überhaupt gar nicht die Absicht irgendwo in das operative Geschäft des Hauptverwaltungsbeamten und seine Zuständigkeit einzugreifen. Das Missverständnis ist, glaube ich, in der Personalausschusssitzung auch zum großen Teil geklärt wurden und deswegen hat der Ausschuss auch zugestimmt. Und damit ist die Begründung der Rechtswidrigkeit aus unserer Sicht auch obsolet.

Dass die Verwaltung jetzt sagt, sie möchte im August etwas vorlegen, halten wir für richtig und zielführend. Man könnte es ja auch so machen, dass die Verwaltung uns im August etwas vorlegt innerhalb der Frist, die wir bis Ende September gesetzt haben. Verboten Ihnen doch niemand, also wäre das die Möglichkeit den Antrag in der Form aufrecht zu halten.

Wir haben diesen Antrag schon verändert im Personalausschuss, einmal in Punkt 2 in der Überschrift, dass wir aus dem „hat“ ein „soll“ gemacht haben. Also diese Punkte, die wir dort aufführen, sollen berücksichtigt werden. Und wir haben dann in Punkt 3 die Frist geändert, von Juni auf September, um der Verwaltung die entsprechende Zeit zu geben, das auch vorzubereiten.

Diese Orientierung, die wir da drin haben in den Punkt 2 speziell, sind tatsächlich auch, Herr Geier hat es ja gerade eben für die Verwaltung ausgeführt, die Dinge die uns wichtig sind.

Und ich will Ihnen mal ganz deutlich sagen, auch uns als Räten brennt uns so ein Problem, wie die Demographie, unter den Nägeln. Wir wissen, wie viele Mitarbeiter in etwa bis zum Jahre 2020 aus der Verwaltung ausmünden, aus Altersgründen. Da reden wir von 500-700 Leuten. Und wir wissen auch, dass die öffentliche Hand, die öffentliche Verwaltung, in

schwerer Konkurrenz untereinander mit anderen Verwaltungen, als auch mit der privaten Wirtschaft kommen wird, wenn wir nicht genug Nachwuchs bekommen. Das heißt, die Bedeutung der Personalentwicklung ist um ein Vielfaches höher als noch vor ein paar Jahren. Und deswegen müssen wir in einem klaren Konzept, mit klaren Richtlinien alle mitnehmen, auch den Rat, das ja hinter dem Konzept steht. Aus dem Grund haben wir das, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, mit dem Antrag versucht zu erneuern und die anderen Fraktionen haben da auch im Personalausschuss zugestimmt, so wie ich das gesehen habe.

Also wir würden den Antrag zunächst erst mal nicht vertagen. Sie haben eine Möglichkeit innerhalb der Frist, selbstverständlich so wie Sie sich das vorgenommen haben, uns etwas vorzulegen und dann können wir immer noch darüber reden, wenn das sinnvoll ist, in einer anderen Richtung ein Stückchen nachzusteuern, sind wir jederzeit dazu bereit, das ist doch gar keine Frage. Das ist eine Frage des gesunden Menschenverstandes. Danke.

**Herr Lange**

Herr Scholtyssek.

**Herr Scholtyssek**

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, auch wir als CDU/FDP-Fraktion sind der Meinung, dass das Thema der Personalentwicklung ein sehr wichtiges Thema in der Verwaltung ist, dem man sich wirklich engagiert dringend und zügig widmen muss. Insofern unterstützen wir diesen Antrag natürlich.

Wir sind allerdings auch der Auffassung, dass der Antrag der SPD in Teilen etwas übers Ziel hinaus schießt, deswegen beantragen wir eine Einzelabstimmung der Punkte 1 bis 4.

Und zu dem Punkt rechtswidrig, dass wir mal wieder in die Rechte des Oberbürgermeisters eingreifen. Ich weiß nicht, inwiefern Sie das bei diesen Punkten begründen können. Punkt 1 besagt einfach nur, Sie sollen dieses Konzept fortschreiben. Es wird auch gesagt wie und mit welchen konkreten Maßnahmen Sie da agieren wollen. Da sind Sie völlig frei, was Sie da rein schreiben, das ist überhaupt keine inhaltliche Vorgabe.

Punkt 3 benennt ein Termin, bis wann das Konzept vorzulegen ist. Und Punkt 4 besagt, dass der Personalbericht, den wir ja in regelmäßigen Abständen bekommen, dass der weiter fortgeführt werden soll.

Es gibt keinen Eingriff in Ihre Rechte, insofern sehe ich einem möglichen Widerspruch relativ gelassen entgegen. Vielen Dank.

**Herr Lange**

Herr Scholtyssek, eine Nachfrage. Punkt 1-4 abstimmen, die Einzelpunkte unter Punkt 2 auch einzeln oder nur die...?

**Herr Scholtyssek**

Nur die Oberpunkte.

**Herr Lange**

Naja, nur dass wir uns nicht missverstehen.  
Dann hat Herr Dr. Meerheim das Wort.

**Herr Dr. Meerheim**

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kollegen, ich danke meinem Vorredner für die Erläuterung der vier Punkte. Hatte ich auch vor so

vorzutragen, dass da eigentlich ein Eingriff in die Verwaltung überhaupt nicht stattfindet, so wie es der Oberbürgermeister andeutet, mit seinem Hinweis auf § 66 (1) KVG. Im Gegenteil, das Kommunalverfassungsgesetz regelt sogar im Paragraphen 45, dort nämlich die Aufgaben der Kommunalvertretung. Und dort steht geschrieben, ich zitiere das mal, ist interessant, wir haben ja schon einen Beschluss gefasst zur Personalentwicklung 2008 und dann ergänzende Anträge jeweils dazu in den Folgejahren ebenfalls hier im Rat. Und da steht im § 45 Abs. 1 im 2 Satz: „Sie (sprich die Kommunalvertretung) überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse“ und jetzt kommt es: „und sorgt dafür, dass in der Verwaltung auftretende Missstände durch den Hauptverwaltungsbeamten beseitigt werden.“ Nichts anderes ist wahrscheinlich auch das Ziel dieses Antrages. Es wird im Zusammenhang mit der vorliegenden Studie, werden Hinweise aufgenommen, die man auch als Missstände deuten könnte. Und macht hier einen Vorschlag, unter welchen Gesichtspunkten da eventuell ein Eingriff möglich ist. Wie der Oberbürgermeister das konkret gestaltet, obliegt selbstverständlich ihm und das und mehr ist nicht in den vier Punkten beschrieben.

Insofern sehe ich auch überhaupt keinen Grund, dass das rechtlich bedenklich sei, einen solchen Beschluss zu fassen, der im Wesentlichen Kriterien zur Beurteilung bestimmter Situationen festlegen soll und ansonsten keinen Eingriff in die laufende Verwaltung vornimmt. In der Umsetzung des dann vorliegenden möglicherweise neuen Konzeptes, sind Sie in jeder Beziehung frei.

#### **Herr Lange**

Gut, Herr Raue.

#### **Herr Raue**

Ja, also grundsätzlich ist so ein Personalentwicklungskonzept natürlich auch zuzustimmen, das sehe ich ja auch so. Aber unter Punkt 2.3 lese ich dann schon wieder, dass Sie offenbar eine neue Ausländerquote in der Verwaltung planen, ja. Und da sage ich ganz ehrlich, geht natürlich letztendlich Qualität vor Quote, ja. Und es ist, ich spreche mich auch nicht dagegen aus, dass wir Migranten oder so, die bei uns wunderbar integriert sind, dass die nicht in der Verwaltung arbeiten dürfen, dagegen möchte ich auch gar nichts sagen ja, das möchte ich auch nicht so verstanden wissen. Aber eine Quote für Ausländer in unserer Verwaltung, das sehe ich einfach nicht und das kann ich auch nicht unterstützen. Deswegen würde ich beantragen, gerade diesen Punkt 2 in seinen Unterpunkten separat abzustimmen. Denn dann würde ich da auch gerne mitstimmen, aber eben diesen Punkt 2.3, den lehne ich für mich ganz klar ab, ja.

#### **Herr Lange**

O.k. Das Wort „Quote“ steht zwar da nicht drin, aber o.k.

Ich seh keine weiteren Wortmeldungen, dann können wir abstimmen und dann stimmen wir jetzt alle Teile einzeln durch.

1. Punkt 1 des Beschlussvorschlages, wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Klare Mehrheit. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Damit ist zugestimmt.
2. Punkt 2
  - 2.1 Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Klare Mehrheit. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Mehrheitlich zugestimmt.
  - 2.2 Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Klare Mehrheit. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Mehrheitlich zugestimmt.



- 2.3 Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Klare Mehrheit, Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Damit ist dem auch zugestimmt, mehrheitlich.
- 2.4 Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Klare Mehrheit. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch wieder mehrheitlich zugestimmt.
- 2.5 Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Klare Mehrheit. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Damit ist dem mehrheitlich zugestimmt.
- 2.6 Die Ja-Stimmen bitte, die Gegenstimmen und die Stimmenthaltungen. Damit ist auch mehrheitlich zugestimmt.
- 2.7 Die Ja-Stimmen, die Gegenstimmen, die Stimmenthaltungen. Damit ist mehrheitlich zugestimmt.
- 2.8 Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen, Mehrheit, klare Mehrheit. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Damit ist mehrheitlich zugestimmt.
3. Und dann kommen wir zum Punkt 3. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Auch eine klare Mehrheit. Die Gegenstimmen? Die Stimmenthaltungen? Damit ist dem mehrheitlich zugestimmt.
4. Und wir kommen zu Punkt 4. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Auch das ist eine klare Mehrheit. Die Gegenstimmen? Die Stimmenthaltungen? Und damit sind wir durch die Beschlussvorlage durch.

Allen Beschlusspunkten ist mehrheitlich zugestimmt wurden, brauchen wir nicht noch mal in Gänze abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

#### **Einzelpunkt abstimmung**

Pkt. 1	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2.1	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2.2	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2.3	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2.4	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2.5	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2.5	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2.6	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2.7	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2.8	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 4	mehrheitlich zugestimmt

#### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, das Personalentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) fortzuschreiben. Dabei ist aufzuzeigen, wie und mit welchen konkreten Maßnahmen eine Stabilisierung bzw. Steigerung der Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung im mitarbeiterorientierten Ansatz erfolgt.
2. Das Konzept soll dabei aktuelle Aussagen zu folgenden Inhalten treffen:

1. Auswirkungen der aktualisierten demografischen Entwicklung auf die Beschäftigtenstruktur der Verwaltung und die sich daraus ergebenden Einstellungsnotwendigkeiten
  2. Entwicklung einer verwaltungsinternen Strategie zum Übergangsmanagement mit einem besonderen Fokus auf den Kompetenztransfer bei Stellennachbesetzungen
  3. soweit möglich, Berücksichtigung der (inter-)kulturellen Vielfalt der Stadtgesellschaft bei der Stellenbesetzung
  4. systematische, verbindliche und transparente Förderung und Kompetenzentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
  5. optimale Nutzung und individuelle Weiterentwicklung des Personals bei organisatorischen Veränderungen
  6. Sicherstellung einer angemessenen Mitarbeiterpartizipation ( bspw. durch Teamboards)
  7. regelmäßige Befragung von Mitarbeitern und Führungskräften/ Transparenz über Befragungsergebnisse und Ableitungen daraus.
  8. Entwicklung eines Führungskräfteleitbildes und Durchführung eines regelmäßigen Führungskräftefeedbacks.
3. Dem Stadtrat ist das Konzept bis zum **30.09.2017** zur Beschlussfassung vorzulegen; über die Umsetzung ist regelmäßig, mindestens jährlich, zu berichten.
4. Zur Evaluierung der Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes ist der Personalbericht in seiner gegenwärtigen Form beizubehalten und regelmäßig fortzuschreiben.

**zu 8.4     Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenz von städtischen Grundstücksgeschäften  
Vorlage: VI/2017/02886**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Lange**

Gibt es dazu Wortmeldungen? Frau Dr. Brock, bitteschön.

**Frau Dr. Brock**

Ach wie gerne würden wir in Gemeinschaft mit der Verwaltung handeln, aber auch an der Stelle scheint es wieder schwierig zu werden. Ganz kurz etwas inhaltlich zu dem Antrag. Es geht darum, dass wir gerne möchten, dass die bereits im Nichtöffentlichen beschlossenen Grundstücksgeschäfte im Nachhinein der Bevölkerung bekannt gegeben werden, genauso wie das mit Vergabeentscheidungen auch der Fall ist. Politisch ist es für uns an der Stelle einfach eine Frage der Transparenz, so wie es auch in der Überschrift steht.

Wenn eine Stadt sozusagen ihre, ja ihre Güter veräußert, finde ich, hat die Stadtgesellschaft das Recht auf Informationen darüber und da werden keine persönlichen Dinge in irgendeiner

Form bekannt gegeben, wenn man weiß in welche Werte, ja sozusagen, da über den Tisch gehen.

Wir haben immer wieder die Diskussion darüber, wie soll eigentlich Wertschöpfung in einer Stadt entstehen. In der Vergangenheit, also ich meine die weite Vergangenheit, also nicht die letzten OB's, sondern noch vielleicht 50, 100 Jahre weiter, da war das Interesse einer Stadt Grundstücke zu erwerben, um das sozusagen als Besitztum und als, ja Reserve irgendwie als etwas Wertvolles zu haben. Die Tendenz im Moment geht eher in die andere Richtung, dass nämlich die Dinge verkauft werden und aus unserer Sicht zum Teil auch nicht gut ist, also die Strategie halten wir auch nicht für gut.

Darum geht es in dem Antrag gar nicht, sondern es geht in dem Antrag darum zu sagen, dann wollen wir aber wenigstens wissen, wie das jetzt letztlich über den Tisch gegangen ist. Das ist nochmal kurz zum Inhalt, die anderen Fraktionen kennen und wissen das, wir haben das im Finanzausschuss diskutiert. Und wir hatten eben an der Stelle im Finanzausschuss auch eine wunderbare Gemeinschaft insofern gefunden, als dass wir gesagt haben, es geht gar nicht darum, dass die ganze Begründung und ganz viele Details aus dem Grundstücksgeschäftsbeschlüssen veröffentlicht werden, sondern das es lediglich drei, vier Zeilen sind, die wir zusätzlich in den Beschlussvorschlag hinein nehmen müssen. Und das haben wir dann ja gleich vor Ort für die dort zu beschließenden Grundstücksgeschäfte gemacht, insofern hat sich das auch gleich gezeigt, dass das durchaus möglich ist. So.

Das heißt, ich stehe hier mit einem Finanzausschuss-Beschluss, der einstimmig mit einigen Enthaltungen war vorm Stadtrat, in der Hoffnung eine Zustimmung zu kriegen. Und lese heute früh eine Stellungnahme der Verwaltung, die wieder sagt, dass das irgendwie alles nicht geht. Herr Schreyer hat sich bemüht das zu formulieren und es wird deshalb nicht besser, aus meiner Sicht, wenn das zum dritten Mal gesagt wird, es werden an dieser Stelle keine Rechte Dritter verletzt. Sicherlich werden Sie das jetzt wieder anders sagen, aber ich hoffe, auf die Weisheit des Stadtrates, diesen Beschluss zum zweiten Mal zuzustimmen bzw. ihn wenigstens mit auf den Weg zu bringen, indem man nicht dagegen ist.

**Herr Lange**  
Herr Krause.

**Herr Krause**  
Frau Brock hat schon vieles zu diesem Sachverhalt gesagt. Ich möchte nur mal diesen einen Punkt ganz kurz ansprechen, Belange Dritter, den Sie schon ausgeführt haben. Auch wir sehen die Belange Dritter im Wesentlichen nicht berührt. Das kann immer Ausnahmen geben, aber wenn Sie die Prozedere der Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Verwaltung sehen, handelt es sich dort auch um ein hoch sensiblen Prozess, der zunächst erstmal nicht öffentlich stattfindet und Belange Dritter berührt. Und dennoch wird in jeder Sitzung in Punkt 4 bekannt gegeben, welche Beschlüsse im Bereich der Vergabe der vorhergehenden Sitzung gefasst wurden sind. Und zwar mit Name und auch mit dem Finanzbeschluss dazu.

Mir erschließt sich einfach nicht, wo da der Unterschied liegt, zu dem Anliegen hier in dem Antrag und wir können leider nichts dazu groß sagen, weil es sich ja um ein nicht öffentlichen Sachverhalt handelt mit Blick auf Grundstücksangelegenheiten im Charlottenviertel. Aber für mich ist das, was ich da an Kenntnis habe erlangen müssen, deutlich wie wichtig ein solcher Antrag in der Tat ist.

**Herr Lange**  
Herr Doege.

**Herr Doege**

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, meine Frage geht an die antragstellende Fraktion. Sie leiten Ihren Antrag ein mit Vorlagen und Schrägstrich Anträgen, Vorlagen o.k., Beschlussvorlagen ist klar. Aber Anträge sind in unseren Duktus ja eigentlich Anträge aus der Mitte des Stadtrates oder von Fraktionen. Mir ist in den vielen Jahren, wo ich hier mit diesem Gremium zu tun habe, derartige Anträge nicht bekannt, die sich auf Grundstücksangelegenheiten beziehen. Was habe ich bitte unter Anträge zu verstehen in Ihrem Antrag?

**Frau Dr. Brock**

Das können wir rausstreichen, wenn Sie das stört.

**Herr Doege**

Es ist nicht eine Frage des Störens. Ich gehe davon aus, Sie haben sich bei der Formulierung Gedanken gemacht und die hätte ich gerne gehört, Ihre Gedanken. Das ist doch ein legitimer Anspruch oder nicht?

**Frau Dr. Brock**

Theoretisch ist es möglich...

**Herr Doege**

Gut, dann wird also aus der Theorie jetzt die Praxis des Streichens.

**Frau Dr. Brock**

Ja.

**Herr Doege**

Da habe ich richtig verstanden.

**Frau Dr. Brock**

Ja.

**Herr Doege**

O.k.

**Frau Dr. Brock**

Streichen wir das „Anträge“ hier raus.

**Herr Lange**

So. Frau Dr. Brock das bedeutet, das Wort Anträge, das es auch nur dort gibt, in dem ersten Satz, würde jetzt rausgestrichen werden. Dann kann das die Verwaltung gleich an die Wand werfen.

Und was jetzt. Sehen Sie, das ist doch großartig.

Und Herr Wolter, Sie wollten aber noch etwas anderes sagen.

**Herr Wolter**

Wir hatten auch im Finanzausschuss diskutiert, ich dachte es gibt hier irgendwie eine Formulierungsänderung an die Antragsteller gerichtet, die, auch wenn Herr Beigeordneter Geier erklärt hat, er versteht was der Antragsteller will, ist hier nicht eine Klarstellung von dem, was jetzt Inhalt in der Vorlage sein soll definiert. Weil Sie sprechen eben nicht von Beschlusstext, das ist die korrekte Bezeichnung, dass in einem Beschlusstext etwas enthalten sein soll, wie im Vergabeschluss, Herr Krause hat darauf hingewiesen, damit die Verwaltung weiß, was dort nämlich zu veröffentlichen wäre. Und wenn ich richtig bin, dann ist das, was veröffentlicht wird, in den Vergabebeschlüssen, ja Beschlusstext.

Im Moment ist das bei Grundstücksgeschäften nicht der Fall, Frau Brock hat darauf hingewiesen, dass wir das dann mal für einen Fall so, für zwei Fälle mal versucht haben auf Zuruf im Finanzausschuss zu ändern. Aber ich glaube die Verwaltung braucht, nach meiner Auffassung, auch über Amtszeiten hinweg eine klare Auftragsstellung, wenn dann ein Beschlusstext geändert werden soll. Das ist einfach nur meine Feststellung nochmal und meine Frage an die Antragsteller, ob es da jetzt eine Änderung gibt.

Und die zweite Frage, die richtet sich nochmal an die Verwaltung, Herr Oberbürgermeister, könnten Sie, für mich als Laien nochmal den Unterschied zwischen der Verfahrensweise Veröffentlichung Vergabeausschuss und Veröffentlichung, ja diese Widerspruchsdefinition die Sie jetzt gerade haben, die rechtlichen Fragen zu der, die in der Stellungnahme enthalten sind zu der Veröffentlichung der Information zu Grundstücksgeschäften. Das würde ich gerne nochmal verstehen wollen, einfach inhaltlich.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich trage Ihnen gern nochmal die Begründung vor, die Ihnen ja auch schriftlich vorliegt.

Das Verfahren für nicht öffentliche Beschlüsse ist in § 52 Abs. 2 Satz 3 Kommunalverfassungsgesetz ausdrücklich geregelt. Danach sind Beschlüsse nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit oder wenn dies ungeeignet ist, in der nächsten Sitzung bekannt zu geben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegensteht. Es bedarf daher stets, unter diesen Voraussetzungen, einer Beurteilung des jeweiligen Einzelfalles, ob das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. Diese gesetzlichen Vorgaben können nicht durch eine Beschlussfassung des Stadtrates geändert werden.

### **Herr Lange**

O.K. Herr Wolter nochmal.

### **Herr Wolter**

So, Fachdiskussion finde ich gut, Herr Oberbürgermeister. Ich würde Ihnen gerne den Beschlusspunkt der heutigen Tagesordnung dann vorlesen. Vielleicht haben Sie den auch zur Kenntnis genommen.

Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse vom 20.03.2017. Da wird zum Beispiel ausgeführt, bei 5.1, unbefristete Niederschlagung. Der Stadtrat beschließt usw. auf Grundlage natürlich des § 45 des KVG erstens die unbefristete Niederschlagung Gewerbesteuer 2007 bis 2009, sowie Nebenforderung zum Buchungszeichen 501010045060 in Höhe von 401.214,00 €.

Meine Frage ist also, warum können wir das veröffentlichen, auch wenn hier sozusagen Fakten enthalten sind, worauf beziehnend auch Rechte Dritter berührt sind und welche Verfahrensweise schlagen Sie vor, um den Antragsteller sozusagen auch eine Rechtssicherheit zu geben zur Umsetzung, sag ich mal, der Zielstellung nämlich, hier mit Fakten auch die Öffentlichkeit bei Grundstücksgeschäften zu informieren? Das war ja auch die Frage von Herrn Krause oder die Feststellung, was ist genau der Unterschied oder was ist da für eine unterschiedliche Rechtsauffassung, wenn wir einerseits bei Vergabeentschlüssen relativ umfassend, also Unternehmen und Bezahlung benennen können und bei Grundstücksgeschäften anscheinend auf Grund von Rechten Dritter dies nicht dürfen. Das ist mein, das möchte ich gerne verstehen Herr Oberbürgermeister.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Wolter, es wird nicht besser, wenn Sie immer wieder weiter fragen und das gleiche fragen, was Sie vorhin schon mal gefragt haben. Ich mache es Ihnen jetzt noch einmal

deutlich. Es bedarf stets einer Beurteilung des jeweiligen Einzelfalles, ob das öffentliche Wohl oder berechnete Interessen Einzelner entgegenstehen. Und deshalb kann man das nicht generell regeln.

**Herr Lange**

Herr Wolter, ein letztes Mal. Es ist auch nur eine Frage, nehme ich an. Und Sie wurden ja auch direkt angesprochen. Von daher...

**Herr Wolter**

Vielen Dank für Ihr Verständnis und Ihr Entgegenkommen, Herr Vorsitzender.

Herr Oberbürgermeister, meine Frage ist gewesen, der Unterschied zwischen Veröffentlichung Vergabebeschlüsse und Veröffentlichungseinschätzung in dieser Einzelfallprüfung. Ich bin mir bisher noch nicht...ist mir noch nicht bekannt geworden, dass Sie zur Veröffentlichung von Vergabebeschlüssen Einzelprüfungen machen. Wenn ja, wenn Sie das also gleich setzen in der Verfahrensweise, das tun Sie ja anscheinend durch Ihre Antwort, dann ist das ja...dann können wir das ja heute beschließen. Und Sie sind sozusagen beauftragt, dann in der Einzelfallprüfung das zu veröffentlichen. Wenn ich Sie so richtig verstanden habe, danke ich Ihnen für die Auskunft.

**Herr Lange**

Keine Ausführungen? O.k. Dann Herr Feigl und danach Herr Dr. Meerheim.

**Herr Feigl**

Herr Oberbürgermeister, auch wenn ich jetzt Gefahr laufe, dass es langsam ins Absurde läuft, die Diskussion. Ich versuche mal anzuschließen, dort wo Herr Wolter aufgehört hat. Ich habe Sie richtig verstanden, dass Sie die, also die Vergabeöffentlichung vorher einer Einzelfallprüfung unterziehen. Ist das richtig?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich kann Ihnen gerne noch einmal die Antwort vorlesen.

*unverständliche Zwischenrufe*

**Herr Feigl**

Wir stellen eine Frage und Sie antworten irgendwas anderes. Auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Vorlage und Ihrer schriftlichen Antwort, hat ja nicht wirklich was miteinander zu tun. Es sind ja wirklich...also bewusst gehen Sie einen anderen Weg und zitieren irgendwas, was nur am Rande eventuell mit dem Thema zu tun hat, nur um nicht wirklich sich mit der eigentlichen Fragestellung auseinanderzusetzen. Mit Verlaub, Herr Oberbürgermeister, ich finde das ein ziemliches Unding für das Amt, was Sie innehaben. Danke.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Da können Sie Beifall einholen, das mag alles sein. Aber wenn Sie überlegen, dass die Entscheidung der Veröffentlichung von uns durchgeprüft werden muss und genau festgelegt werden muss, wann werden öffentliche Interessen oder das öffentliche Wohl gefährdet, dann ist das immer eine Einzelfallentscheidung. Und mehr kann ich Ihnen das nicht erörtern. Wir veröffentlichen das, was möglich ist. Und deshalb sind wir ja auch gar nicht auseinander, aber ich kann nicht im Vorfeld festlegen, was genau es ist. Denn dazu muss ich erst den Vergabebeschluss sehen. Das hat auch nichts mit dem Vergabeverfahren zu tun. Hier geht es um die Veröffentlichung des Beschlusses.

**Herr Lange**

Herr Dr. Meerheim.

### **Herr Dr. Meerheim**

Ich habe es heute mit dem Kommunalverfassungsgesetz, so wie Sie Herr Oberbürgermeister. Sie haben vorhin den Paragraphen 52, Absatz 2, Satz 3, vorgetragen. Ich lese ihn Ihnen noch einmal vor. Da steht drin: „In nicht öffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse sind nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit, oder wenn dies ungeeignet ist, in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben.“. Das ist ein Grundsatz, ohne Ausnahme. Die Ausnahme kommt dann: „Sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.“

Diese sind, soweit ich weiß, das ist ja kein neuer Paragraph, der Paragraph ist hundealt. Der stand noch in der alten Gemeindeordnung, vielleicht unter Paragraph 44 oder 46 oder 45a. Die sind ausgeurteilt. Die können Sie nachlesen, welche Fälle das sind, zu denen Sie in nicht öffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse nicht veröffentlichen dürfen.

Dann sagen Sie es uns doch bitte, welche das sind. Fragen Sie Herrn Schreyer, der weiß es bestimmt.

### **Herr Lange**

Herr Oberbürgermeister nochmal.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich finde es toll, dass Sie das Kommunalverfassungsgesetz zitieren. Ich hab Ihnen meine Meinung dazu gesagt und ich habe sie auch deutlich gemacht und Sie haben noch die Möglichkeit zu beschließen. Beschließen Sie den Punkt und dann gucken wir weiter.

### **Herr Lange**

Gut, das klingt nach einem klaren Verfahren, der Beschluss oder der Antrag ist nochmal geändert worden. Und wir, da ich jetzt auch keine weiteren Wortmeldungen habe, würde ich gerne die Anregung des Oberbürgermeisters aufgreifen und in die Beschlussfassung eintreten. Und frage Sie, ob Sie dem zustimmen möchten, dann bitte ich Sie um das Kartenzeichen. Das sieht nach einer klaren Mehrheit aus. Die Gegenstimmen? Und die Stimmenenthaltungen? Bei einigen Stimmenthaltungen, wenigen Gegenstimmen ist dem mehrheitlich zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

Bei Vorlagen betreffend Grundstücksan- und Grundstücksverkäufe werden künftig in die jeweiligen Beschlussvorschläge wesentliche Angaben zum zu kaufenden bzw. zu verkaufenden Grundstücksobjekt (Grundbuchangaben zu Flur und Flurstücken, Adresse, Flächengröße), der durch die kommunale Bewertungsstelle ermittelte Wert sowie der vorgesehene Kaufpreis aufgenommen. Der nicht öffentlich gefasste Beschluss wird grundsätzlich im Rahmen der Bekanntgabe in der nächsten ordentlichen Sitzung veröffentlicht. Ausnahmen von der Regel einer öffentlichen Bekanntmachung aus Gründen des öffentlichen Wohls oder aufgrund berechtigter Interessen Einzelner sind den Mitgliedern des zuständigen Gremiums im Einzelfall darzulegen.

## **zu 9            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 9.1        Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und CDU/FDP zur Änderung der**

**Hauptsatzung**  
**Vorlage: VI/2017/02843**

---

Die antragsstellenden Fraktionen konnten sich auf die Erledigung des Antrages einigen.

**Abstimmungsergebnis:**                    **erledigt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

Der Paragraph 12 Absatz 1 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird wie folgt geändert:

§ 12 Einwohnerfragestunde

(1) Vor jeder ordentlichen öffentlichen Sitzung des Stadtrates und seiner Ausschüsse findet eine Einwohnerfragestunde statt.

**zu 9.2      Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Darstellung von Beschlussvorlagen**  
**Vorlage: VI/2017/02951**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag zur Beratung in den Hauptausschuss. Dort soll ein neues Muster für Beschlussvorlagen diskutiert werden. Der Vorschlag der Fraktionen wird ausdrücklich begrüßt, unterliegt allerdings keiner Beschlussfassung durch den Stadtrat.

**Abstimmungsergebnis:**                    **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters  
in den  
Hauptausschuss

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt, dass die Verwaltung sämtliche Beschlussvorlagen um folgende Angaben in einer übersichtlichen Darstellung zur besseren Einordnung und Verortung ergänzt:
  - a) gesetzliche Grundlagen,
  - b) bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse,
  - c) vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen,
  - d) Hinweise zur Veröffentlichung und
  - e) Termin für die Beschlusskontrolle.
  
2. Der Stadtrat beschließt, dass Beschlussvorlagen, deren Umsetzung Einfluss auf den Haushalt haben, folgende Angaben zu den finanziellen Auswirkungen in einer übersichtlichen Darstellung beinhalten:
  - a) Prüfung von finanziellen Alternativen,
  - b) Folgen bei Ablehnung,
  - c) Verortung im Haushalt,
  - d) Darstellung der Folgekosten/Einsparungen und



e) Auswirkungen auf den Stellenplan

**zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Kenntlichmachung der Gleichrangigkeit von Straßen  
Vorlage: VI/2017/02938**

---

**Herr Dr. Meerheim** erklärte, dass der Antrag zurückgezogen und in eine Anregung umformuliert wird, mit der Bitte um Prüfung.

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen

**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

1. wie durch Straßenmarkierungen in den Kreuzungsbereichen im Bebelviertel auf die Gleichrangigkeit der Straßen hingewiesen werden kann,
2. wo solche Maßnahmen auch an anderen Kreuzungsbereichen gleichrangiger Straßen in Zonen mit Geschwindigkeitsbegrenzung in der Stadt umgesetzt werden sollten?

**zu 9.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Kinder- und  
Familienzentren  
Vorlage: VI/2017/02936**

---

**Frau Haupt** begründete den Antrag und sagte, dass aus der Überlegung heraus, wie man noch besser mit den Familien zusammenarbeiten kann, der Prüfauftrag entstanden ist. Solch eine Diskussion gab es bereits im Rahmen eines Termins zwischen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, der Verwaltung und Freien Trägern.

**Herr Senius** begrüßte den Antrag und regte an ebenso zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Kinder- und Familienzentren unterstützt und gefördert werden können.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies bereits alles im Antrag enthalten ist. Elternkompetenz und Kinderarmut sollten hier nicht in Verbindung gebracht werden, da es komplizierter ist. Sie gab den Hinweis, dass sich derzeit einige Projekte in der Planung befinden. Es ist zukünftig einfacher, wenn die Verwaltung eher bei Beratungen zu solchen Themen hinzugezogen wird, um schneller handeln zu können.

**Herr Senius** regte an, dass die Verwaltung den Beschluss zur Konkretisierung des Arbeitsmarktpolitischen Leitbildes umsetzen sollte.

**Frau Haupt** sagte, dass bei der Beratung zu diesem Thema, die Verwaltung anwesend war.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen das Modellprojekt „Kinder- und Familienzentren“ in Leipzig auf die Stadt Halle (Saale) zu übertragen ist.

In die Prüfung sollte einbezogen werden:

1. Welche Kindereinrichtungen könnten als Modellprojekt in welchen Sozialräumen vorgeschlagen werden?
2. Mit welchen wissenschaftlichen Instituten könnte die Verwaltung eine wissenschaftliche Partnerschaft eingehen, um dieses Projekt auf die Stadt Halle (Saale) zu übertragen?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung im Rahmen der Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen (LQE) die erforderlichen finanziellen Mittel (für Sach- und Personalkosten) dafür einzustellen?
4. Die Prüfergebnisse sind dem Jugendhilfe- und Finanzausschuss bis Oktober 2017 vorzustellen.

**zu 9.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Fahrradabstellmöglichkeiten an der Berufsbildenden Schule III Johann Christoph von Dreyhaupt (BbS III)  
Vorlage: VI/2017/02963**

---

**Frau Seidel-Jähnig** brachte den Antrag ein und sagte, dass ein eventueller Mehrbedarf an Fahrradparkplätzen geprüft werden soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung:

1. bis Ende Juni 2017 den durchschnittlichen Bedarf an Fahrradabstellplätzen an der BbS III zu ermitteln,
2. und bei Umzug der BbS III eine Sicherstellung von genügend Abstellmöglichkeiten zu gewährleisten

**zu 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung einer Beteiligung am Modul „Netzwerkstelle“ im Bundesprogramm „KitaPlus“  
Vorlage: VI/2017/02961**

---

**Frau Dr. Brock** brachte den Antrag ein und begründete diesen.

**Herr Schachtschneider** verwies den Antrag in den Jugendhilfeausschuss, um den Sachverhalt nochmals zu diskutieren und die verschiedenen Eckpunkte zu betrachten.

**Herr Dr. Wend** befürwortete den Antrag und die bevorstehende Diskussion im Jugendhilfeausschuss.

**Herr Wolter** schilderte, dass er keinen weiteren Beratungsbedarf sieht; die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung konnte er nachvollziehen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/ FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
in den  
Jugendhilfeausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Fördermittelbeantragung im Rahmen des Bundesprogrammes „KitaPlus“ für eine neue Netzwerkstelle beim örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu prüfen. Aufgabe der Netzwerkstelle ist die Koordination der Zusammenarbeit aller Akteure zur Gestaltung bedarfsgerechter Kinderbetreuung in Halle, insbesondere für die spezifische Bedarfslage Alleinerziehender und erwerbsloser Eltern zur Aufnahme und Aufrechterhaltung einer Erwerbstätigkeit sowie die Unterstützung der kommunalen Jugendhilfeplanung.

**zu 9.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen bei Fällungen städtischer Bäume**  
**Vorlage: VI/2017/02962**

---

**Herr Aldag** führte in den Antrag ein und begründete diesen. Dazu verwies er unter anderem auf den Tag des Baumes und die vielen Baumpflanzungen auf der Peißnitz.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag zur Vorberatung in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten sowie Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, um die organisatorischen, personellen und finanziellen Auswirkungen näher darstellen und besprechen zu können.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters  
in den  
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten  
und den  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadt Halle verpflichtet sich, im Fall von erteilten Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen i.S. von § 8 der Baumschutzsatzung bei Bäumen im Eigentum der Stadt festgelegte Ersatzpflanzungen grundsätzlich in der nächsten Pflanzperiode durchzuführen. Ausnahmen sind dann möglich, wenn beispielsweise umfangreiche Bauarbeiten einer zeitnahen Pflanzung entgegenstehen.
2. Die Stadt Halle verpflichtet sich, auch in den Fällen, in denen bei einem nach Baumschutzsatzung geschützten Baum im Eigentum der Stadt aufgrund einer

prognostizierten geringen oder keiner Restlebensdauer keine Ersatzpflanzung zur Kompensation der Bestandsminderung festgelegt wurde, freiwillig Ersatzpflanzungen zu tätigen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im Entwurf des Haushaltsplanes 2018 einen Vorschlag für ein zusätzliches Budget für diese Aufgabe zu unterbreiten.

**zu 9.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Bio-Abendmarkt in Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2017/02950**

---

**Frau Winkler** zog im Namen ihrer Fraktion den Antrag zurück. Diesbezüglich wird es eine schriftliche Anfrage für die nächste Sitzung geben.

**Abstimmungsergebnis: zurückgezogen**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Verlagerung des Bio-Abendmarktes vom derzeitigen Standort am Hallmarkt auf die Fläche der Pauluskirche im Paulusviertel möglich ist.

Ein Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten in der Sitzung des 08. Juni 2017 mitzuteilen.

**zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 10.1 Anfrage der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/FDP und SPD zu gemeinsamen Hochschulmarketingmaßnahmen der Stadt Halle (Saale) und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Vorlage: VI/2017/02943**

---

**Herr Häder** gab zur Kenntnis, dass er über die Antwort der Verwaltung enttäuscht ist. Es war das Ziel, die Hochschulmarketingmaßnahmen zeitnah umzusetzen. Von Bedeutung ist es Projekte zu initiieren, um Studenten für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu erreichen. Bei der Betrachtungsweise der Antwort ergibt sich die Konsequenz, dass Ende des Jahres mit einer Umsetzung begonnen werden kann. Er appellierte an die Verwaltung, diesen Sachverhalt zeitnah umzusetzen.

**Frau Ernst** erläuterte, dass bei Beträgen, die über einer halben Million Euro liegen, eine Ausschreibung der Leistung erfolgen muss. In der Antwort der Verwaltung ist auch verdeutlicht worden, dass dies ein Teil dieser Maßnahmen ist. Die Stadt hat mit der Universität bereits Maßnahmen umgesetzt und erweitert. Die Leiterin des Dienstleistungszentrums Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung informiert im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung fortlaufend darüber. Weitere Ergebnisse sollten im zweiten Halbjahr vorliegen.

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Vergabeverfahren der Stadt  
Vorlage: VI/2017/02855**

---

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Stadtrat Mai 2017.

**zu 10.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Parkplatzangebot in der Stadt Halle  
(Saale)  
Vorlage: VI/2017/02871**

---

*Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Lange**

Herr Scholtyssek, bitte.

**Herr Scholtyssek**

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren, die Antwort auf diese Frage ist leider so unzureichend, dass ich mich mal wieder zu Wort melden muss. Wir wollten als Fraktion gerne wissen, wie viele Parkplätze im öffentlichen Straßenraum in den letzten Jahren in der Stadt Halle weggefallen sind, durch entweder Baumaßnahmen oder einfach ordnungsrechtliche Ummarkierungen. Das wurde einen Monat verschoben. Da hatten wir die Hoffnung die Verwaltung recherchiert, das tiefgreifend, und jetzt haben wir einfach die Antwort bekommen, das wird nicht erfasst.

Das irritiert uns schon im höchsten Maße, wenn das wirklich so wäre, wäre das eine Bankrotterklärung für die Stadtverwaltung, insbesondere für Sie Herr Stäglin. Das würde nur untermauern, was wir ohnehin befürchten, dass Sie eine sehr einseitige Verkehrspolitik betreiben. Oder die zweite Variante ist, es gibt diese Zahlen, Sie wollen sie nur nicht raus geben, weil das für Sie wahrscheinlich desaströs wäre.

Und dass es diese Zahlen anscheinend gibt, sieht man ja an einzelnen Informationsvorlagen. Ich nehme mal nur die Talstraße, da haben Sie ja ganz klar mit Parkplätzen, mit Stellflächen gearbeitet und das in Bürgerversammlungen gegenüber dem Bürger argumentiert, wie viele Stellflächen dort weg fallen.

Wir haben es immer wieder zu tun, dass im Zuge von Baumaßnahmen, sei es nun das Stadtbahnprogramm oder auch Fluthilfesanierungsmaßnahmen oder auch andere Bauvorhaben, dass Parkplätze wegfallen. Das haben wir zum Beispiel in der Mansfelder Straße, da sind es mindestens 20 Parkflächen die wegfallen.

Es müsste der Verwaltung möglich sein, auch wenn Sie Ihre Unterlagen mal durchgehen, auch die, die Sie intern haben, die Sie nicht an uns rausgeben, uns dazu Zahlen zu liefern. Und wenn Sie das auch nur begrenzen auf die Innenstadt, da war ja der Fokus unserer Anfrage, was wir wissen wollten. Und einfach zu sagen, wir haben dazu keine Zahlen, das stellt uns nicht zufrieden und wir wollen, dass Sie da zwingend nacharbeiten.

**Herr Lange**

Herr Stäglin.

**Herr Stäglin**

Herr Scholtyssek, die Antwort war ganz klar eine fortlaufende Datenerfassung gibt es nicht. Wenn Sie jetzt einzelne Vorlagen zitieren, dann ist natürlich auf ein einzelnes Projekt bezogen, eine Aussage getroffen. Aber eine Gesamtschau lässt sich daraus nicht ableiten, dementsprechend ist die Antwort absolut richtig an der Stelle.

**Herr Scholtyssek**

Das heißt also, Sie haben keine systematische Erfassung, wie viele Parkplätze im öffentlichen Straßenraum durch Ihre Baumaßnahmen verloren gehen. Habe ich das richtig verstanden?

**Herr Stäglin**

Erstmal denke ich, wollte ich noch zuvor kommentieren, dass was Sie ausgeführt haben, die Vielzahl der Baustellen, die Sie in der Stadt sehen, die allen Verkehrsträgern zu Gute kommen, machen deutlich, dass wir genau entsprechend der von Ihnen im Rat beschlossenen verkehrspolitischen Leitlinien genau die verschiedenen Verkehrsträger angemessen im Blick haben.

Und ansonsten ist das Thema der einzelnen baulichen Änderung in den Vorlagen wiedergegeben. Es ist aber hier nicht leistbar, kapazitätsmäßig auch sämtliche Einzelvorlagen zu addieren und straßenverkehrsbehördlich anordnen, sondern an anderer Stelle entsprechend auch zu vollziehen bzw. vorzunehmen.

**Herr Scholtyssek**

Ich darf es ganz kurz zusammenfassen. Sie haben die Zahlen nicht, Sie wollen sie auch nicht erheben, haben aber die Kapazitäten zum Beispiel solche Konzepte zu erarbeiten, wie wir es im letzten Stadtrat hatten, wo dann der HAVAG vorgeschrieben wird, welche Mast-Form sie benutzen soll und wo die Farbe der Mülltonnen festgeschrieben wird. Dann haben Sie eine falsche Prioritätensetzung.

**Herr Lange**

O.k.

**zu 10.4   Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Baufortschritt am Sagisdorfer Park, Halle (Saale) – Fläche des Gutshauses  
Vorlage: VI/2017/02965**

---

Die Beantwortung erfolgt im nicht öffentlichen Teil.

**zu 10.5   Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Bewohnerparken im Stadtgebiet – Anwohnerparkzonen  
Vorlage: VI/2017/02966**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6   Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Ordnungswidrigkeiten im Stadtgebiet  
Vorlage: VI/2017/02969**

---

*Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Lange**  
Herr Scholtyssek.

**Herr Scholtyssek**

Ja, da muss ich auch mal nachfragen. Wir wollten gerne wissen, wie viele Ordnungswidrigkeiten festgestellt wurden. Und dann bekommen wir in der Antwort, so en passant mitgeteilt, dass die Änderung der Satzung, die wir hier im Rat beschlossen haben vor einigen Jahren, aufgrund eines Versehens, eines Fehlers, nicht wirksam geworden ist. Das hat uns schon sehr erstaunt. Da hätten wir schon erwartet, dass die Verwaltung uns frühzeitig vorher mal mitgeteilt hätte, dass es dort einen Fehler gab und die Satzung nicht rechtskräftig geworden ist. Insofern die Frage, wann hätten Sie uns denn informiert darüber. Wenn wir das jetzt nicht im Zuge dieser Anfrage festgestellt hätten?

**Herr Stäglin**

Herr Scholtyssek, die Frage die Sie gestellt haben, haben wir beantwortet. Ja, es ist ein Fehler passiert. Es gab die Unterschrift der damaligen Oberbürgermeisterin und in der Kette der Bearbeitung ist es zum letzten Veröffentlichungsschritt nicht gekommen. Und dementsprechend ist ja auch gesagt, wie wir es heilen möchten und die Frage, die Sie gesagt haben, die Sie interessierte, haben wir beantwortet. Denn es war der Stadt dennoch möglich, die von Ihnen nachgefragten Themen, Ordnungswidrigkeiten, zu ahnden mit Bezug auf die derzeit gültige Benutzungssatzung. Und da haben wir, genau wie Sie es wollten, die Zahl der Vorgänge aufgelistet.

**Herr Scholtyssek**

Wir haben im Rat 2012 beschlossen, dass auf städtischen Spielplätzen ein Rauchverbot gelten soll und diese Satzung ist nie in Kraft getreten. Insofern können Sie diese Vergehen auch nicht ahnden. Das ist einfach schwierig, Sie haben einen Ratsbeschluss nicht umgesetzt. Und ich wollte einfach wissen, wann Sie uns darüber in Kenntnis gesetzt hätten.

**Herr Stäglin**

Die Verwaltung hat Sie jetzt damit in Kenntnis gesetzt. Und bezüglich der Ordnungswidrigkeiten gab es aus Sicht der Verwaltung, die Möglichkeiten hier entsprechende Verstöße zu ahnden. In den Formulierungen der bisherigen Benutzungssatzung, so die Rückkopplung auch mit dem Ordnungsbereich.

**Herr Lange**

Wenn Sie nochmal nachfragen möchten.

**Herr Scholtyssek**

Ich wollte nur noch eine Bemerkung dazu machen. Ich finde es bezeichnend, dass der Oberbürgermeister solche Fragen nicht selbst beantwortet. Sie waren damals in dieser Stadt Innenbeigeordneter, das Änderungsverfahren lief unter Ihrer Regie. Also sind letztendlich auch Sie dafür verantwortlich, dass diese Satzung nicht wirksam geworden ist. Und jetzt Fragen dazu immer auf andere abzuwälzen ist auch nicht die feine Art. Insofern wäre es schon schön, wenn Sie sich dazu auch mal selber äußern könnten. Vielen Dank.

**Herr Lange**

Bitte, Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Das mache ich in dem Fall gerne. Wenn Sie die Organisationsstruktur kennen würden, dann würden Sie eine derartige Angelegenheit so nicht behandeln. Das heißt, ich freue mich, dass Sie mich immer wieder zitieren, da bin ich immer dankbar. Aber von Anfang an in der Organisationsstruktur liegt das bei Herrn Stäglin. Herr Stäglin hat das deutlich gemacht. Und

das verbitte ich mir auch, die Beigeordneten in dieser Art und Weise wie in dem Tonfall, wie Sie sprechen, in der Art und Weise angegeben.

Herr Stäglin hat deutlich gemacht, dass hier ein Fehler der Verwaltung vorliegt. Das lag von vornherein in dem Bereich und von daher können wir gerne auch nochmal beim nächsten Treffen auch die Oberbürgermeisterin Frau Szabados a. D. fragen, warum der Stadtratsbeschluss nicht umgesetzt wurde. Ich möchte Sie aber bitten, wir haben eine klare Organisationsstruktur, diese Zuständigkeit in dem Bereich für Spielplätze liegt ausschließlich im Bereich von Herrn Stäglin, seit vielen, vielen Jahren. Und von daher bitte ich Sie, die Zuständigkeitszuordnung bei uns zu beachten.

Herr Stäglin.

**Herr Lange**

Nein, nein, das muss ich machen. Herr Stäglin hat jetzt das Wort.

**Herr Stäglin**

Ich würde noch gerne ergänzen und zitieren § 5 Abs. 2 Pkt. d), hat aus Sicht der Verwaltung die Möglichkeit unterbreitet, ich zitiere den Anfangssatz von Absatz 2: „ ..... zum Schutz der Kinder und Jugendlichen, ist es auf Kleinkinder- und Gerätespielplätzen verboten“ und d): „ alkoholische Getränke und sonstige Rauschmittel zu sich zu nehmen“ und hier ist das Thema Zigarette mit darunter zu subsumieren.

**Herr Lange**

O.k. So.

**zu 10.7 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur temporären Schaffung von Parkflächen im Bereich der Klausurvorstadt\Holzplatz  
Vorlage: VI/2017/02967**

---

*Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Lange**

Herr Bernstiel.

**Herr Bernstiel**

Zunächst vielen Dank für die Antwort. Ich hätte dazu allerdings noch eine kurze Nachfrage. In der ersten Antwort beschreiben Sie, dass dort ein Ausweichparkplatz bereits in der Mansfelder Straße 41 genutzt wird. Das ist ja der, der schon immer genutzt wird, der also auch regelmäßig überlastet ist, auch ohne die Baumaßnahme. Und dann schreiben Sie nochmal, dass weitere Stellflächen geschaffen werden sollen, westlich des Wohnzentrums Lührmann. Da hätte ich explizit zwei Fragen. Erstens, wann, steht ja auch in meiner Frage drin, wann wird das passieren? Und dann, welche Flächen meinen Sie damit jetzt genau? Denn an, westlich des Wohnzentrum Lührmann ist ja nur der Lagerbereich und der ist ja meines Wissens momentan abgesperrt. Also da wäre die Frage, wann sollen diese zusätzlichen Flächen dort kommen und was genau meinen Sie da westlich, zum ersten Teil der Frage?

**Frau Ernst**



Vorschlag, Herr Bernstiel, wir würden einen Kartenausschnitt nochmal nachliefern, auf dem wir das dann entsprechend deutlich machen, um Ihnen dann auch nochmal genau, das war jetzt noch nicht bekannt, den Zeitraum dann nachzuliefern.

**Herr Bernstiel**

O.k., weil das ist ja eine wichtige Information für die Leute, die dann da parken wollen.

Und die zweite Frage ist dann noch, da schreiben Sie, dass es im Bereich Robert-Franz-Ring/ Mühlpforte werden 15 Ausweichstellplätze geschaffen. Da würde ich auch gerne wissen, wo die sein sollen. Und dann schreiben Sie nochmal 20 Stellplätze in Höhe der Saline. Damit meinen Sie aber an der Saline nicht die Stellflächen, die jetzt sozusagen am Saline Museum sind, weil die sind ja kostenpflichtig bzw. nur mit Sondergenehmigung derzeit zu nutzen, weil das ja Grundstück der Saline ist. Da würde ich jetzt nochmal gerne wissen wollen, welche Stellplätze das sind jetzt, die insgesamt 35.

**Herr Lange**

Ja, Frau Ernst bitte.

**Frau Ernst**

Danke Herr Vorsitzender. Gleicher Vorschlag, auch hier würden wir das graphisch nochmal aufbereiten und weil Sie gerade die Anwohnerinnen und Anwohner angesprochen haben, würden wir das auch mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit begleiten.

**Herr Bernstiel**

Das ist super. Danke.

**Herr Lange**

Gut.

**zu 10.8   Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum  
Baufortschritt am Rundweg Hufeisensee  
Vorlage: VI/2017/02968**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.9   Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDU/FDP-Fraktion) zur Analyse  
von Wegebeziehungen - Nachfrage zur Anfrage VI/2017/02870  
Vorlage: VI/2017/02964**

---

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat Mai 2017.

**zu 10.10   Anfrage des Stadtrates Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP-Fraktion)  
zur Kommunikationsumstellung im Bereich des Rettungsdienstes  
Vorlage: VI/2017/02941**

---

**Herr Dr. Wöllenweber** sagte, dass es zu einer lebensbedrohlichen Komplikation kam, die jedoch in der Antwort nicht erwähnt wurde. Er bat um Erläuterung.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um die Übergabe des konkreten Falles, um diesen zu prüfen.

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

**zu 10.11 Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Sozialleistungen im Jahr 2016 - hier: insbesondere im Hinblick auf die Situation von EU-Bürger\*innen**  
**Vorlage: VI/2017/02940**

---

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Stadtrat Mai 2017.

**zu 10.12 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Volkshochschule**  
**Vorlage: VI/2017/02939**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.13 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Installation weiterer Fahrradbügel auf dem Markt**  
**Vorlage: VI/2017/02937**

---

**Frau Krimmling-Schoeffler** wünschte sich im Bericht des Oberbürgermeisters eine Information zur Installation weiterer Fahrradbügel auf dem Markt.

Des Weiteren zeigte sie sich unzufrieden mit der Aussage, dass die Stadt über keine Kapazitäten zur Einlagerung und Aufstellung solcher Abstellanlagen verfügt.

**zu 10.14 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Forsteinrichtung in der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VI/2017/02873**

---

**Herr Lange** informierte, dass seine Fraktion Nachfragen zur Forsteinrichtung in der Stadt Halle (Saale) einreichen wird.

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

**zu 10.15 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Betreuungsangebot für Kinder in Büschdorf**  
**Vorlage: VI/2017/02933**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.16 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Nutzung von Sportstätten durch ansässige Vereine und Sportvereine  
Vorlage: VI/2017/02931**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.17 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Einkaufszentren  
Vorlage: VI/2017/02953**

---

**Herr Senius** regte an darüber nachzudenken, beispielsweise im Outletcenter Brehna für die Einkaufsmöglichkeiten in Halle (Saale) zu werben.

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

**zu 10.18 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bedarfslage Hospize  
Vorlage: VI/2017/02887**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.19 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand der Erstellung einer Informationsveröffentlichung über die Arbeitsweise der halleschen Kommunalpolitik  
Vorlage: VI/2017/02955**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.20 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu möglichen Rauchverboten an öffentlichen Spielplätzen und Haltestellen  
Vorlage: VI/2017/02954**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Versorgung traumatisierter geflüchteter Kinder  
Vorlage: VI/2017/02956**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Beschlusses zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen  
Vorlage: VI/2017/02957**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur ÖPNV-Anbindung des Stadtteils Heide-Süd  
Vorlage: VI/2017/02958**

---

**Herr Lange** wies darauf hin, dass die Beantwortung der Anfrage vertagt wird.

**Herr Feigl** zeigte sich verwundert darüber, dass die Beantwortung im Stadtrat September 2017 erfolgen soll, obwohl es im Amtsblatt bereits Informationen zur ÖPNV-Anbindung des Stadtteiles Heide-Süd gab.

**zu 10.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Anwendung der Leitsätze für Diversität in der Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalts  
Vorlage: VI/2017/02959**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Beeinträchtigungen durch Industrielärm in Halle-Büschdorf  
Vorlage: VI/2017/02960**

---

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Stadtrat Mai 2017.

**zu 10.26 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Städtepartnerschaft zwischen Halle (Saale) und Karlsruhe  
Vorlage: VI/2017/02948**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.27 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Griffigkeit von Fahrbahn- und Fußwegdecken  
Vorlage: VI/2017/02947**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.28 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erschließung neuer Gewerbegebiete  
Vorlage: VI/2017/02946**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.29** Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Abfallbehälterleerung und Beseitigung von Müll auf Grünflächen im Stadtgebiet  
Vorlage: VI/2017/02945

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.30** Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu einem Hochwasserlehrpfad  
Vorlage: VI/2017/02944

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.31** Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wiederaufforstung der Dölauer Heide  
Vorlage: VI/2017/02865

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.32** Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wahrnehmung des Stimmrechts in den Gesamtkonferenzen städtischer Schulen  
Vorlage: VI/2017/02949

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11** Mitteilungen

---

**zu 11.1** Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse  
Vorlage: VI/2017/02868

---

**zu 11.2** Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte  
Vorlage: VI/2017/02796

---

Die Mitteilungen wurden zur Kenntnis genommen.

**zu 12** mündliche Anfragen von Stadträten

---

*Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) wurde zum gesamten Tagesordnungspunkt der mündlichen Anfragen ein Wortprotokoll erstellt. Des Weiteren*

*beantragte die CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Punkt 12.9 und die SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Punkt 12.12 und 12.14 ebenfalls ein Wortprotokoll.*

**zu 12.1 Frau Dr. Schöps zur geplanten Veranstaltung "Risiken von Mobilfunkstrahlungen" am 04. Mai 2017**

---

**Frau Schöps**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, liebe Stadträte. Ich habe mehrere kurze Anfragen zu einem Thema. Ich habe gehört, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Bürgerinitiative Strahlkraft in der nächsten Woche, am 4. Mai, eine Informationsveranstaltung zu Risiken von Mobilfunkstrahlung veranstalten will oder organisiert hat, zu der auch ausdrücklich Stadträte eingeladen werden sollten.

Meine erste Frage: Trifft das so zu, oder sind meine Informationen falsch?

**Herr Lange**

Frau Ernst.

**Frau Ernst**

Das ist zutreffend.

**Frau Schöps**

Gut, dann schließt sich meine zweite Frage an, die sich daraus ergibt, dass ich als Stadträtin weder über die Fraktion noch persönlich bis heute eine Einladung für eine solche Veranstaltung erhalten habe. Deshalb möchte ich nachfragen, was war da zu Einladungen geplant oder vereinbart? Oblag das der Stadtverwaltung, also dem DLZ Wirtschaft und Wissenschaft oder der Bürgerinitiative oder kurz warum habe ich da bis heute noch keine Einladung? Ich finde die Frist nun etwas kurz bis zum 4. Mai.

**Herr Lange**

Frau Ernst würde das noch mal beantworten.

**Frau Ernst**

Die Initiative für den Vortrag geht von der Bürgerinitiative aus und die Stadt unterstützt das Projekt, indem Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden und so weiter. Wir würden die Bürgerinitiative auch dabei unterstützen, oder wir unterstützen die Bürgerinitiative dabei, den Vortrag auch zu bewerben. Das werden wir auch über Pressemitteilungen und so weiter tun.

Das jetzt im Einzelnen noch keine Einladungen an die Stadträte ergangen sind, da kenne ich jetzt im Detail keine Absprachen zwischen der Initiative und den Kollegen. Aber Frau Schöps, das können wir problemlos morgen nachholen und ich glaube Sie sind ja in der Bürgerinitiative auch aktiv, vielleicht können Sie dort auch noch mal werben für eine entsprechende Aufmerksamkeit für die Veranstaltung.

**Frau Schöps**

Gut, dann möchte ich nur noch ergänzen, dass ich selbst nicht der Bürgerinitiative angehöre. Ich habe nur Kontakte, sie gehört zu meinem Wahlgebiet. Aber ich möchte da im Anschluss an meine mündliche Anfrage gleich die Anregung loswerden, dass vielleicht bitte die Stadtverwaltung sich aufgrund der Kürze der Zeit sich ein wenig dafür verantwortlich fühlt, die Stadträte zu informieren und einzuladen. Das geht ja auch bei anderen Veranstaltungen sehr unkompliziert per E-Mail oder über die Fraktionen. Danke.

**Herr Lange**

Entschuldigung, jetzt Herr Rupsch.

## **zu 12.2 Herr Rupsch zur Bauplanung Peißnitzhaus**

---

### **Herr Rupsch**

Ja, vielen Dank. Ich habe zwei Fragen. Die eine, ich hatte im Vergabeausschuss schon mal nachgefragt nach dem aktuellen Stand Bauplanung Peißnitzhaus. Habe dazu eine Antwort bekommen, die mich allerdings ein bisschen unbefriedigt hinterlässt, weil da ist zum Beispiel, ich hätte gerne mal irgendwas von Fristen gehört. Schafft man es noch in diesem Jahr, entsprechenden Beschlüsse zu fassen oder müssen die wieder über den Winter kommen irgendwie mit dem kaputten Dach? Das würde mich schon mal interessieren, was da so die konkreten Fristen sind.

### **Herr Lange**

Bitte.

### **Frau Dr. Marquardt**

Ja, das Ziel ist selbstverständlich in diesem Jahr die Beschlüsse zu fassen. Es hängt nur davon ab, dass wirklich ein tragfähiges Konzept erstellt wird. Und da sind wir im Gespräch mit dem Verein.

### **Herr Rupsch**

Okay.

## **zu 12.3 Herr Rupsch zum Landesprogram EFRE**

---

### **Herr Rupsch**

Zweite Frage, wir hatten ja mal eine Auflistung bekommen, welche Projekte, Radwege im Rahmen dieses Programms des Landes über die EFRE finanziert werden sollten, und jetzt haben wir im Rahmen der Beantwortung der Anfrage von Herrn Scholtyssek zur Information bekommen, dass ein Teil dieses Radweges in Büschdorf/Kanena über dieses EFRE finanziert wird. Es gab da aber auch noch weitere Anträge und ich würde gerne noch mal nachfragen, sind denn von denen welche auch bewilligt worden beziehungsweise abgelehnt worden? Das waren glaube ich vier oder fünf Stück.

### **Herr Lange**

Herr Stäglin.

### **Herr Stäglin**

Für alle sechs dürfen wir weitere Planungen voranbringen. Wir haben aber nicht den definitiven Bewilligungsbescheid, deswegen war es nicht kommunizierbar. Jetzt ist es wirklich bewilligt, aber alle sechs können weiter bearbeitet werden.

### **Herr Rupsch**

Dankeschön.

### **Herr Lange**

Dann Herr Aldag.

## **zu 12.4 Herr Aldag zu Einweg- und Mehrwegflaschen in Ausschusssitzungen**

---

**Herr Aldag**

Ja, ich habe eine Nachfrage, und zwar bin ich letztens drüber gestolpert, als wir uns zum Umwelttag, zum diesjährigen, angemeldet haben. Letztes Jahr gab es eine tolle Initiative „Mehrweg statt Einweg“. Und dann ist mir irgendwie so aufgefallen in letzter Zeit, das ist aber schon länger her, werden in den Ausschusssitzungen ausschließlich so wie Herr Scholtyssek heute und auch Frau Brederlow 0,5 Liter Einweg Plastefläschchen verwendet. Sie vorne haben Glasflaschen. Gibt es da irgendwie einen Grund, wieso in Ausschusssitzungen ausschließlich diese Einwegflaschen verwendet werden? Und die zweite Frage: Können wir das nicht bitte ändern? Danke.

**Herr Lange**

Wer würde das machen?

**Frau Ernst**

Herr Aldag, habe ich das richtig verstanden, es geht Ihnen jetzt um die Ausschussverpflegung, oder? Und Sie möchten wissen, warum dort die entsprechenden Flaschen verwendet werden?

**Herr Aldag**

Es gibt bei den Ausschusssitzungen, was ja sehr schön ist, dass es dort was zu trinken gibt. Aber das sind ausschließlich Einwegplasteflaschen, die kleinen 0,5. Und nun ist die Frage, warum müssen das Einwegplasteflaschen sein? Da gibt es ja auch andere Lösungen.

**Frau Ernst**

Wir haben das schon verstanden, die Frage ist jetzt natürlich speziell.

**Herr Aldag**

Wir werben als Stadt, letztes Jahr beim Umwelttag „Mehrweg statt Einweg“ und verwenden selber Einwegplastefalschen in den Ausschusssitzungen.

*Zwischenrufe***Herr Aldag**

Nein, wenn wir hier werben „Einweg statt Mehrweg“ dann ist es doch nicht ausgeschlossen...

**Frau Ernst**

Herr Aldag, wir würden das als Anregung aufnehmen und die Herkunft der Kekse auch gleich noch mit prüfen.

**Herr Lange**

Kekse, es gibt im Ausschuss Kekse bei euch? Bei uns gibt es keine Kekse im Ausschuss.

*Zwischenrufe*

Ich wollte es nur sagen, nicht das hier Gerüchte aufkommen, dass wir überversorgt sind.

Frau Dr. Brock.

**zu 12.5 Frau Dr. Brock zur Wegeverbindung über die Peißnitz nach Halle-Neustadt**

---



**Frau Dr. Brock**

Ich habe zwei Fragen. Die erste ist wahrscheinlich ganz schnell zu beantworten, die geht konkret an Herrn Stäglin. Sie hatten mir im Hauptausschuss versprochen, mir eine Zeitschiene nachzuliefern für die Wegeverbindung über die Peißnitz nach Halle-Neustadt. Da haben Sie gesagt, Sie wollten mir eine Zeitschiene nachliefern. Das ist noch nicht passiert.

**Herr Stäglin**

Haben Sie noch nicht, kriegen Sie noch, ja.

**Frau Dr. Brock**

Okay, gut.

---

**zu 12.6 Frau Dr. Brock zum Protokoll der Arbeitsgruppe Kulturhauptstadt 2025**

---

**Frau Dr. Brock**

Das zweite ist ein ganz anderes Thema, aber das liegt mir besonders am Herzen. Wir haben jetzt die Arbeitsgruppe Kulturhauptstadt. Und da gibt es eine dritte Sitzung in der Arbeitsgruppe I vom 18.04. und uns wird ein Ergebnisprotokoll zugeleitet, in dem ausschließlich drin steht wie die Überschrift eines Papierses heißt, was die Leute gesagt haben und das es fünf Zustimmungen gab. Wir haben allerdings einen Beschluss gefasst, in dem steht unter dem letzten Punkt sechs: „Die Protokolle der Arbeitsgruppe werden den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Zweimonatlich erfolgt die Berichterstattung im Kulturausschuss.“ Ich beziehe mich auf den ersten Teil des Satzes. Für mich ist ein Ergebnisprotokoll ein inhaltliches Protokoll und kein Verlaufsprotokoll. Das heißt, wann bekommen wir sozusagen den Inhalt, dem da zugestimmt worden ist?

**Herr Lange**

Frau Dr. Marquardt.

**Frau Dr. Marquardt**

Mit der Beschlussvorlage, die spätestens im Juni kommen wird. Das war erstmal eine Verständigung der Arbeitsgruppe über die Empfehlung die kommen soll, in unsere Beschlussvorlage. Das wird also in den nächsten Monaten kommen.

**Frau Dr. Brock**

Gestatten Sie noch eine Nachfrage. Eine Beschlussvorlage ist etwas anderes, als die Zurverfügungstellung von Protokollen. Ich frage, wo ist der Teil des Protokolls, den wir beschlossen haben zur Kenntnis zu kriegen?

**Frau Dr. Marquardt**

Das war nicht Teil des Protokolls.

**Frau Dr. Brock**

Doch.

**Frau Dr. Marquardt**

Das war Teil der Diskussion.

**Frau Dr. Brock**

Es gibt ein Papier was dort einstimmig beschlossen worden ist und das ist Gegenstand des Protokolls und nicht nur der Verlauf der Sitzung.

**Frau Dr. Marquardt**

Nach meinen Erkenntnissen, und ich war nicht dabei, war das eine Unterlage in der Sitzung. Aber das gehörte nicht ins Protokoll.

**Frau Dr. Brock**

Irgendwie habe ich das Gefühl, ich muss das gleiche nochmal wiederholen. Gegenstand der Sitzung war ein Papier, das dort einstimmig abgestimmt worden ist, das ist der Inhalt der Sitzung. Und wenn ich ein Ergebnisprotokoll kriege, dann muss der Inhalt der Sitzung, sprich dieses abgestimmte Papier enthalten sein.

**Frau Dr. Marquardt**

Das abgestimmte Papier wird Teil der Empfehlung sein, von dieser Arbeitsgruppe. Und das kommt zu gegebener Zeit.

**Frau Dr. Brock**

Das habe ich schon verstanden. Aber wir wollen das Protokoll sehen. Das haben wir beschlossen, dass wir das Protokoll zur Kenntnis kriegen

**Frau Dr. Marquardt**

Das ist nur ein Teil dieser Empfehlung und deswegen ist noch nicht komplett.

**Frau Dr. Brock**

Wir drehen uns im Kreis. Ich komme zu Ihnen ins Büro und gucke da rein.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Das ist ja eine schöne Ankündigung.

**Herr Lange**

Okay, einigen wir uns darauf, dass Sie das bilateral klären.

Herr Scholtyssek.

**zu 12.7 Herr Scholtyssek zum TOP 11.1**

---

**Herr Scholtyssek**

Ja ich habe mehrere Fragen. Zunächst Nachfragen zu den Mitteilungen. Die Mitteilung 11.1, die Kontrolle der Beschlussvorlagen. Da haben wir diesmal auch die Vergabebeschlüsse mit drin. Da würde mich interessieren warum? Die waren sonst meines Erachtens nach nie drin. Dadurch ist die Vorlage diesmal auch sehr lang.

Inhaltlich würde mich interessieren, da ist als erledigt gekennzeichnet, ich hatte einen Antrag gestellt, 2014 war das glaube ich, „Zur Erstellung einer städtischen Hochwasserschutzkonzeption“. Also mir ist jetzt nicht bekannt, dass wir sowas beschlossen hätten, wir haben öfter über das Thema geredet. Es gab auch mal PowerPoint-Mitteilungen dazu, aber eine Hochwasserkonzeption die wir beschlossen hätten, ist mir nicht bekannt. Insofern glaube ich nicht, dass das Thema erledigt ist.

Dann gab es noch einen Antrag der war auch von mir „Zur Pflege der Hochwassermarken“. Ich weiß, dass die Verwaltung daran arbeitet. Aber es wäre ja nun nach den einigen Jahren, die da inzwischen verfließen sind, vielleicht nicht schlecht, wenn es da einen schriftlichen Bericht gäbe. Das und das wurde erarbeitet, um das mal zu einem Abschluss zu bringen. Das vielleicht als Anregung.

**zu 12.8 Herr Scholtyssek zum TOP 11.2**

---

**Herr Scholtyssek**

Zweite Nachfrage. Die zweite Mitteilung 11.2, da geht es mir, wie immer möchte man fast sagen, um die Osttangente, die HES. Ich stelle jetzt nicht die Frage, warum wir den Bericht vom Dezember erst jetzt bekommen haben, sondern ich stelle die Frage zum Bau-Los 4. Da steht nämlich hier der schöne Satz „Eine neue Veranlassung der Vergabe läuft derzeit. Der Baubeginn neu ist für das zweite Quartal 2017 avisiert.“. Das zweite Quartal 2017 ist nicht mehr so lang. Wir haben immer noch keinen Beschluss, kein Vergabebeschluss. Insofern wird diese Zielmarke wahrscheinlich schwer zu halten sein. Deswegen die Nachfrage: Wann kommt der Vergabebeschluss?

**Herr Lange**

So, das waren jetzt sehr viele Fragen. Herr Stäglich soll erstmal antworten.

**Herr Stäglich**

Ich würde mit dem letzten Aspekt beginnen. Das hat auch länger gedauert, die Rückmeldung von der Landesebene zur Finanzierung unseres zusätzlichen Förderantrages zu bekommen. Und ich würde Ihnen den Termin für Los 4 nochmal schriftlich zuarbeiten.

**Herr Scholtyssek**

Gut, vielen Dank.

**Herr Lange**

Und dann waren das jetzt die vielen Fragen zu den Mitteilungen.

**Herr Scholtyssek**

Dann hätte ich noch zwei weitere Fragen.

**Herr Lange**

Sind die jetzt beantwortet zu den Mitteilungen?

**Herr Scholtyssek**

Noch die Frage zu der Hochwasserschutzkonzeption wäre noch zu klären, weil das in dem Bericht als erledigt gekennzeichnet ist.

**Herr Stäglich**

Also müssen wir prüfen. Ganz klar, wenn sie auf die Liste der Projekte dieses Jahres gehen, ist das Thema Hochwasserschutzkonzeption ein Projekt dieses Jahres. Und Sie haben Recht, da ist noch keine Vorlage da, weil das auch im Hochwasserschutzbeirat noch zu diskutieren ist. Und dementsprechend ist es noch nicht fertig gestellt.

**Herr Scholtyssek**

Dann ist die Kennzeichnung als erledigt in der Mitteilung falsch. Vielleicht als Anregung.

**Herr Lange**

Sie hatten noch gefragt, warum jetzt die Vergabebeschlüsse dort alle drin sind. Wollten Sie da jetzt auch noch eine Antwort haben?

**Herr Scholtyssek**

Kann auch schriftlich beantwortet werden, aber es würde mich schon interessieren. Weil, das ist nach meiner Einschätzung neu.

**Herr Lange**

Herr Paulsen kann dazu was sagen.

**Herr Scholtyssek**

Der sieht etwas überrascht aus.

**Herr Lange**

Der Oberbürgermeister sagt mir immer wen ich ansprechen soll.

**Herr Paulsen**

Kann ich jetzt nicht sagen.

**Herr Lange**

Okay.

**Herr Scholtyssek**

Habe ich die Hoffnung auf eine schriftliche Antwort. Der Oberbürgermeister nickt. Okay.

**zu 12.9 Herr Scholtyssek zu Baumaßnahmen Merseburger Straße**

---

**Herr Scholtyssek**

Gut, dann noch zwei weitere Fragen.

Gestern wurde in der Beigeordnetenkonferenz mitgeteilt, dass die Baumaßnahme in der Merseburger Straße, Abschnitt Nord, in diesem Jahr beginnen und erst im Herbst 2019 abgeschlossen sein sollen. Das wäre eine Bauzeit von über zwei Jahren. Ist dem wirklich so?

**Herr Lange**

Herr Stäglin.

**Herr Stäglin**

Es ist so, dass die Vorleistung der Leitungsbauarbeiten dieses Jahr erfolgen und dann im nächsten Jahr bis nach 19 rein die eigentlichen Straßenbauarbeiten plus separates Gleisbett erfolgen.

**Herr Scholtyssek**

Also wird eine der städtischen Hauptschlagadern zwei Jahre lange gesperrt, ununterbrochen, komplett?

**Herr Stäglin**

Wie es organisiert ist, das würde dann entsprechend kommuniziert werden. Das ist dann im Baustellenkalender entsprechend eingetragen. Und sie wird nicht komplett gesperrt, weil die Zielsetzung ist sowohl von Seiten der HAVAG Straßenbahnverkehr aufrecht zu erhalten, als auch eine Fahrbahnrichtung auf alle Fälle zu nutzen.

**zu 12.10 Herr Scholtyssek zum WLAN**

---

**Herr Scholtyssek**

Und noch eine letzte abschließende Frage, wenn Sie gestatten. Vor einigen Tagen hat der Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium und auch für Digitalisierung zuständig des Landes erklärt, dass man Projekte für WLAN an touristischen Hotspots in Städten fördern möchte, deswegen die Frage: Ob die Stadt auch vielleicht gedenkt einen Antrag zu stellen?

Das war eine Pressemeldung. Da ging es um Wittenberg und da hat er irgendwie mit erklärt, dass es möglich ist, solche WLAN-Netze in touristischen Hotspots mit zu fördern.

**Herr Lange**

Frau Ernst.

**Frau Ernst**

Wir sind da in Zusammenarbeit mit der ITC auch in Vorbereitung und Vorschlag wäre, im Hauptausschuss dort den aktuellen Sachstand zu geben, wenn Sie damit einverstanden sind?

**Herr Lange**

Die Freifunker sind da auch dran.

Dann Frau Müller.

### **zu 12.11 Frau Müller zur Veranstaltung am 1. Mai 2017**

---

**Frau Müller**

Ja, ich habe eine Frage an den Oberbürgermeister. Ich würde jetzt gerne ein drittes Mal mit dem Amtsblatt wedeln. Ich hab das leider nicht da. Und zwar ich wollte mal fragen, Sie hatten im letzten Amtsblatt einen Artikel veröffentlicht, wo es auch um die Proteste, also um den Aufmarsch der Neonazis am 1. Mai geht. Wo Sie auch die Bürgerinnen und Bürger zu Protesten aufrufen, das finde ich gut. Sie haben auch auf Ihre eigene, also auf die Aktion der Stadt mit den Straßenbahnen verwiesen, das finde ich auch völlig in Ordnung, dass man sowas auch macht.

Meine Frage ist: Warum haben Sie wirklich mit keiner Silbe die Aktion des Bündnis gegen Rechts irgendwie zumindest mal erwähnt? Weil das ist doch ein sehr breites Bündnis, mit sehr vielfältigen Aktionen. Es gibt auch viele andere Aktionen. Frage: Warum verweisen Sie wirklich auf gar nichts anderes? Beziehungsweise, wäre Ihnen ein Zacken aus der Krone gebrochen, wenn Sie es getan hätten?

**Herr Lange**

Frau Ernst.

**Frau Ernst**

Ich wundere mich jetzt, dass Sie das jetzt problematisieren, weil die Stadt mit dem Bündnis gegen Recht, mit dem DGB, mit dem Kirchenkreis, seit vielen Wochen kann man sagen, zusammensitzt und auch die Aktion vorbereitet. Und wir auch gemeinsam uns unterstützen bei den Aktionen, die da am Montag stattfinden. Und insofern ist dieser Aufruf gestartet worden, die Verwaltung wird auch nochmal explizit auf alle Veranstaltungen an diesem Tag hinweisen und wir haben verschiedene Absprachen in den Runden getroffen, die ich vielleicht auch im nicht öffentlichen Teil noch einmal erläutern kann. Insofern ist jetzt dieser Unterton nicht erforderlich, weil wir uns in der Abstimmung an sich alle einig sind und das nicht um eine Missachtung geht, sondern mit organisatorischen Themen zu tun hat, auf die ich vielleicht im nicht öffentlichen Teil nochmal näher eingehen kann.

**Frau Müller**

Okay, dann haben wir da wohl jetzt wohlmöglich ein unterschiedliches Verständnis. Entschuldigung. Ich weiß, dass Sie in regelmäßigen Kontakt stehen, aber genau deswegen wundert es mich eben, dass das Bündnis dann noch in keinster Weise erwähnt wird. Aber gut, Sie sehen das so rum. Alles klar, Danke.

**Herr Lange**  
Dann Herr Senius.

## **zu 12.12 Herr Senius zur Umsetzung des Beschlusses zum kommunalen Arbeitsmarktmanagement**

---

### **Herr Senius**

Der Stadtrat hatte meines Wissens einstimmig im Oktober 2015 die Verwaltung aufgefordert Ausführungen, inhaltliche Festlegungen und Verfahrensvorschläge zum kommunalen Arbeitsmarktmanagement zu machen. In der Stellungnahme der Verwaltung hatte daraufhin die Verwaltung aufgeführt, das sei eigentlich schon erledigt. Wir baten dann um Vorlage in Umsetzung des Beschlusses und haben dann vor einem Jahr im April 2016 nachgefragt, wann wir denn mit der Umsetzung des Beschlusses rechnen dürfen. Da hatte die Verwaltung erklärt, dass das wohl dann frühestens im Oktober 16 sein könnte. Jetzt ist wieder ein halbes Jahr vorbei und ich wollte jetzt mal nachfragen, wann wir mit der Umsetzung des Beschlusses, der eigentlich schon erledigt sein sollte vom Oktober 2015, rechnen dürfen?

**Herr Lange**  
Frau Brederlow.

### **Frau Brederlow**

Herr Senius, ich kann Ihnen gerne den aktuellen Arbeitsstand zur Verfügung stellen. Die Umsetzung des Beschlusses wird noch so lange Zeit brauchen, solange die Verwaltung Abstimmungsbedarf an der Stelle hat. Weil hier die Zuordnung...es ist einfach ein sehr breites Thema. Es ist dem Geschäftsbereich Soziales zugeordnet, der für dieses, ich muss es an der Stelle sagen, für dieses Thema keinerlei personelle Ressourcen hat, so dass das zusätzlich erarbeitet wird. Es sind noch Abstimmungen notwendig. Sie bekommen einen aktuellen Arbeitsstand.

### **Herr Senius**

Dann würde ich doch das verbinden wollen mit der Anregung im nächsten Sozialausschuss, wenn es da angeordnet ist in den Ausschüssen, eine entsprechende Mitteilung und vielleicht eine kurze inhaltliche Umreißung, wo man gegenwärtig steht, zu machen. Danke.

**Herr Lange**  
Gut, dann habe ich noch Herrn Koehn auf der Rednerliste. Bitte.

## **zu 12.13 Herr Koehn zur Verkehrssituation in Heide-Süd**

---

### **Herr Koehn**

Tja, die SPD-Fraktion hatte zur letzten Stadtratssitzung vier Fragen gestellt zur Verkehrssituation in Heide-Süd, Schwerpunkt Yorkstraße/Büchner Straße. Die Antwort, die damals gegeben wurde, war in zwei Punkten nicht befriedigend. Ich wiederhole nochmal. Es ging darum, wann können wir damit rechnen, dass die Senioren und älteren Mitbürger aus der Wohnanlage in der Büchner Straße einen entsprechenden Verkehrsweg über die Straße bekommen zum Einkaufszentrum. Da sollte zum heutigen Tag eine Antwort kommen, die liegt mir noch nicht vor. Deshalb stelle ich jetzt diese Frage mündlich.

Die zweite Frage die wir da noch offen hatten, das war die Möglichkeit in der Yorkstraße, die hinter sozusagen ins Siedlungsgebiet geht, eine Verkehrsberuhigung herbeizuführen, um die Lärmbelästigung, die dort verkehrstechnisch absolut da ist, zu minimieren. Diese Antwort haben wir auch noch nicht. Im Gegenteil, damals wurden hier nur Paragraphen genannt, die ich dann nochmal vorgelesen habe, was eigentlich dahinter steht.

## **zu 12.14 Herr Koehn zum Schülershof**

---

### **Herr Koehn**

Und da schließt sich an, eine aktuelle Frage. Heute in der MZ konnte man lesen, auf Anfrage des Journalisten oder der MZ, was denn nun eigentlich auf dem Markt erlaubt oder nicht erlaubt ist, hinsichtlich der Zweckentfremdung durch Freitrinker und Freipinkler. Da wurde auch nur auf die entsprechenden Satzungen im Internet verwiesen. Ich halte das für unzulässig. Und meine Frage ist einfach deshalb: Was macht oder gedenkt die Stadtverwaltung tatsächlich zu tun, um solche anrühigen Ecken wie zum Beispiel am Schülershof, Treppenaufgang Commerzbank wegfallen zu lassen bzw. die dort auf dem Brunnen sich verlustierenden Trinker irgendwo anders hinzubringen? Auf jeden Fall würde ich empfehlen diese Ecke, was wirklich, entschuldigt bitte, ein Freiurinal ist, mal gründlich zu reinigen. Das ist nach meiner täglichen Vorbeigehensweise nicht erfolgt, bis jetzt. So das wäre das eine. Und das war es an sich. Danke.

### **Herr Lange**

Frau Ernst.

### **Frau Ernst**

Ich fange mal mit den ersten beiden verkehrlichen Themen an. Ich glaube, da liegt ein Missverständnis vor, Sie hatten damals die Anregung gegeben und wir haben die im Hauptausschuss auch beantwortet. Insofern wäre jetzt das Angebot, dass wir Ihnen das entsprechend schriftlich nochmal übermitteln. Die Anregung, die hier im Stadtrat gegeben werden, die werden ja dann immer als Mitteilungen im Hauptausschuss bearbeitet. Und da sind auch genau diese beiden Straßenbereiche thematisiert worden. Deswegen denke ich, Missverständnis und ich würde Ihnen das nochmal zukommen lassen.

### **Herr Koehn**

Dann würde ich darum bitten, denn die Ansage war, die Verabredung, dass zum nächsten Stadtrat dort eine schriftliche Ansage kommt. Das war mein Gehörtes aus der letzten Sitzung.

### **Frau Ernst**

Also Anregungen, so handhaben wir das bislang, werden hier im Stadtrat aufgenommen und dann im Hauptausschuss dann entsprechend bearbeitet.

Und die zweite Thematik. In der Berichterstattung auf die sie sich beziehen, da ging es um ein anderes Thema. Da ging es nicht um ordnungsrechtliche Angelegenheiten, die werden selbstverständlich kontrolliert und wenn Sie da gezielte Hinweise haben, also die Stadtwache bestreift auch die entsprechenden Gebiete, und insofern ist das ganz klar geregelt, was auf dem Markt ordnungsrechtlich zu tun ist. Wenn Sie die Frage so pauschal stellen, was kann man tun, was kann man lassen, dann müsste man wahrscheinlich nochmal den entsprechenden Bereich eingrenzen.

### **Herr Koehn**

Darf ich nochmal was sagen dazu? Ich bin nicht streitsüchtig, aber was Sie jetzt gesagt haben, ist einfach flach. Diese Ecke kennen selbst Ihre Ordnungskräfte, die standen

regelmäßig montags 20 Meter daneben und da passiert nichts. Und deshalb braucht man da keine gesonderten Hinweise geben. Gehen Sie einfach vorbei, oder Ihre Mitarbeiter, die dort auch mit täglich vorbei marschieren Richtung Stadtwerke oder zum Imbus, die wissen das auch. Aber es passiert halt nichts, deshalb nehmen Sie das bitte mit.

**Herr Lange**

Frau Ernst nochmal.

**Frau Ernst**

Im Gegensatz zu Ihnen bin ich schon streitlustig. Die Ordnungskräfte nehmen das sehr wohl auf und wenn Sie das beobachten, dann können Sie die Kollegen auch direkt ansprechen. Sie haben sich ja am Anfang aber auf eine Presseberichterstattung bezogen. Und da ging es um Gewerbetätigkeit auf dem Marktplatz, insofern sind das zwei unterschiedliche Themen.

**Herr Lange**

Jetzt Herr Wolter.

### **zu 12.15 Herr Wolter zur Akteneinsicht Fanprojektleiter**

---

**Herr Wolter**

Herr Oberbürgermeister, ich habe zwei Fragen. Die eine Frage...Die erste Frage bezieht sich auf, als Bitte sozusagen, auf Beschluss des Rates haben wir eine Akteneinsicht zum Thema Fanprojektleiter hier beschlossen, beziehungsweise Sie auch darüber informiert. Wie Sie wissen, sind Sie innerhalb eines Monats in der Pflicht uns das zu gewähren und das ist, glaube ich übermorgen, dann abgelaufen diese Frist. Deswegen frage ich, als Wunsch aus allen Fraktionen: Wann denn die Akteneinsicht uns gewährt wird?

**Herr Lange**

Frau Ernst.

**Frau Ernst**

Vor einer Akteneinsicht ist die Zustimmung des jeweiligen Mitarbeiters einzuholen und das war bislang nicht möglich. Und so wie die Zustimmung vorliegt, wird die Akteneinsicht auch umgehend durchgeführt.

**Herr Wolter**

Könnten Sie mir mitteilen, wie diese Zustimmung nicht möglich war?

**Frau Ernst**

Der Mitarbeiter war krank.

**Herr Wolter**

Gut, Dankeschön. Herr Häder hat auch Fragen, aber das kann er dann danach diskutieren.

Dankeschön Frau Ernst für die Antwort, das heißt das wir so bald wie möglich jetzt mit einer Akteneinsicht rechnen können.

Und meine zweite Frage bezieht sich auch auf das gleiche Thema. Herr Oberbürgermeister, aus den Antworten zu den Fragen zur Bürgerfragstunde, die Sie ja sozusagen dann auch erfahrungsgemäß wie im Hauptausschuss, dann an Herrn Paulsen delegiert haben, ist für mich so ein Eindruck entstanden, dass das ein so öffentlich diskutiertes Thema ist, wo Sie auch persönlich, sage ich mal, aktiv eingegriffen haben in eine bestehende Struktur. Dass für



mich heute ehrlich gesagt der Eindruck entsteht, dass dort, ich würde es mal so nennen, in Ihrer Verantwortung ein Fehler passiert ist.

Anscheinend, so wie das auch die Antworten von Herrn Paulsen vermuten lassen, haben Sie die Auswirkungen einer Personalentscheidung entweder nicht berücksichtigt oder versuchen jetzt im Nachgang, nach dieser Personalentscheidung, das in irgendeiner Form zu korrigieren. Und für mich ist eine Frage an Sie: Ob Sie, wenn es denn so sein sollte, dass es ein Fehler ist, in der Lage wären diesen Fehler zu korrigieren? Weil mir erscheint es, wenn ich das mal so flapsig sagen kann, auch wenn es eine ernste Angelegenheit ist, als ein Fehler zu dem man die Größe haben sollte, zu stehen und zu sagen „Okay, ich habe das hier gemacht, ich habe hier eine Entscheidung getroffen, die anscheinend Auswirkungen hat, die es zu korrigieren gilt.“ Weil, das was da passiert und was da auch drei Vertreter aus dem Fanbereich heute so fragten, wie ernsthaft Sie sozusagen interessiert sind, an dem Projekten, auch inklusive sage ich Mal der Reise. Habe ich so das Gefühl, dass das innerhalb der Verwaltung nicht so bedacht wurde.

Oder wenn es bedacht wurde, mit einem offenen Visier, sozusagen so einen Fehler oder so eine Auswirkung zu provozieren, finde ich dann wirklich an der Zeit, Herr Oberbürgermeister, dass Sie uns auch in der Nichtöffentlichkeit von mir aus, im Hauptausschuss haben wir das ja auch nachgefragt, nochmal die Möglichkeit geben, Ihre Entscheidung dort nachvollziehbar zu machen, für uns. Ansonsten würde ich Sie bitten einfach zu sagen „Ja wir setzen uns dann nochmal zusammen und gucken, ob wir das korrigieren können.“ Das ist so mein heutiger Eindruck, den ich so habe nach den Fragen, nach den ganzen Tagen sage ich mal, wo das Thema immer wieder hochploppt. Deswegen: Ist das ein Fehler für Sie oder gibt es die Möglichkeit den zu korrigieren? Das ist meine Frage.

**Herr Lange**

Bitte.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also ich kommentiere nicht Ihre Gefühle, Herr Wolter.

**Herr Lange**

Dann habe ich Herrn Schramm auf der Rednerliste.

## **zu 12.16 Herr Schramm zu Fahrradschnellwege**

---

**Herr Schramm**

Sehr geehrte Damen und Herren, wir hatten vor einigen Monaten einen Prüfauftrag an die Verwaltung beschlossen „Fahrradstraßen, Fahrradschnellwege“. Das sollte eigentlich im April behandelt werden. Wie ist da der Stand? An der Presse habe ich gelesen, dass Studenten daran arbeiten etc. etc.

**Herr Lange**

Herr Stäglin.

**Herr Stäglin**

Genau, es gibt die Unterstützung mit einer Gruppe von Studierenden der Martin-Luther-Universität, die auf Basis des Stadtratsbeschlusses genau auch diese Trassen prüfen. Das läuft noch. Ich habe noch kein abschließendes Ergebnis. Sie haben auch gesehen, dass wir den Impuls aufgegriffen haben, insbesondere das Thema Fahrradschnellweg zwischen Leipzig und Halle intensiv zu behandeln. Das ist jetzt eingebracht in die Metropolregion Mitteldeutschland, mit der Zielsetzung, dass eine Antragstellung für eine Förderung im Sinne

einer Machbarkeit zu prüfen ist. Über die Metropolregion läuft mit inhaltlicher Unterstützung der beiden Radverkehrsbeauftragten aus Halle und Leipzig. Wird also von uns auch forciert, das ist der aktuelle Stand.

## **zu 12.17 Herr Raue zur Veranstaltung am 1. Mai 2017**

---

### **Herr Raue**

Ja, ich komme nochmal zu sprechen auf den 1. Mai, auf diese Demonstration, die da wohl von der Partei DIE RECHTE durchgeführt wird. Erstens wollte ich mal fragen, wenn die Stadt so eine große Veranstaltung / Gegenveranstaltung jetzt organisiert, mit welchen Kosten Sie da planen? Welches Investment Sie da bereitstellen?

Das zweite ist, was für ein Sicherheitskonzept dann die Stadt jetzt fährt, wenn sozusagen zu einer Gegendemo, sage ich jetzt, aufgerufen wird und sich die beiden Gruppen dann, ich habe ja im Internet gelesen, DIE RECHTE tritt wohl jetzt militanter auf. Wenn sich die beiden Gruppen dann gegenüber stehen und gegenseitig, was weiß ich, die Linksextremen und der schwarze Block der Rechtsextremen. Also aus meiner Sicht wäre es vielleicht sinnvoller, man würde da einfach drüber hinweg gucken. Man würde durch die Straßen gehen lassen und überhaupt nicht beachten, als wenn man da jetzt einen großen gesellschaftlichen Widerstand inszeniert und dann vielleicht wirklich Verletzte und Geschädigte, was weiß ich, zerschlagene Scheiben, defekte Straßenbahnen riskiert. Also meine Frage: Sicherheitskonzept und die Kosten, die die Stadt jetzt tatsächlich in die Hand nimmt.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Die Frage der Kosten kann ich nicht beantworten, weil ich das erst im Nachgang dann durchführen kann. Und zum Sicherheitskonzept kann ich deshalb nichts sagen, weil das Sicherheitskonzept von der Versammlungsbehörde, und das ist die Polizeidirektion, durchgeführt wird.

### **Herr Lange**

Gut, ich habe keine weiteren Fragen mehr Ihrerseits. Dann kommen wir zum Punkt Anregungen.

## **zu 13 Anregungen**

---

**zu 13.1 Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung der Ausschilderungen im Umfeld der Parkhäuser in der Innenstadt  
Vorlage: VI/2017/02952**

---

**zu 13.2 Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Kenntlichmachung der Gleichrangigkeit von Straßen  
Vorlage: VI/2017/03014**

---

Die Anregungen wurden zur Kenntnis genommen.

**zu 13.3 Herr Bernstiel zu Bäumen am Schülershof**

---

**Herr Bernstiel** regte an die Bäume vor der Commerzbank direkt auf dem Markt zu platzieren. Dabei bezog er sich auf die Anfrage von Herrn Koehn.

Die Bäume stehen dort bewusst als Gestaltungselement, erklärte **Herr Stäglin**. Bei Großveranstaltungen müssten diese transportiert werden, wofür keine Ressourcen zur Verfügung stehen. Zu diesem Thema wird im Hauptausschuss informiert.

---

#### **zu 13.4 Herr Scholtyssek zur Akteneinsicht Fanprojektleiter**

Bei der Akteneinsicht zum Fanprojektleiter, sollte sich die Verwaltung die schriftliche Zustimmung des betreffenden Mitarbeiters einholen, sagte **Herr Scholtyssek**.

---

#### **zu 13.5 Herr Scholtyssek zur Getränkeversorgung in Ausschüssen**

**Herr Scholtyssek** bezog sich auf die Anfrage von Herrn Aldag zu Einweg- und Mehrwegflaschen in Ausschusssitzungen. Die Verwaltung sollte sich vor Umsetzung von Plastik- auf Glasflaschen die Ökobilanz anschauen. Die Frage ist, ob Glasflaschen ökologischer sind als Plastikflaschen.

---

#### **zu 13.6 Herr Schied zum Grünen Pfeil Schopenhauer Straße/ Ecke Reilstraße**

**Herr Schied** kam zurück auf die Information seiner Anregung aus dem letzten Stadtrat zum Grünpfeil Schopenhauer Straße / Ecke Reilstraße. Die Verwaltung sollte sich um die Entfernung der nichtleuchtenden Ergänzung an der Lichtzeichenanlage Rechtsabbiegergrünpfeil kümmern. Die Begründungen dafür sind in der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung § 37 (2) StVO und in den Richtlinien für Lichtsignalanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Fortschreibung 2003, zu finden.

---

#### **zu 13.7 Herr Paulsen zum TOP 11.1**

**Herr Paulsen** erklärte zur Anfrage von Herrn Scholtyssek zur Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse, dass die Vergabebeschlüsse immer in der Übersicht enthalten sind.

---

#### **zu 14 Anträge auf Akteneinsicht**

---

##### **zu 14.1 Antrag auf Akteneinsicht durch die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in die Antragsunterlagen für Förderungen entsprechend der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2016 und 2017**

---

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** beendete den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Hendrik Lange  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Maik Stehle  
Protokollführer